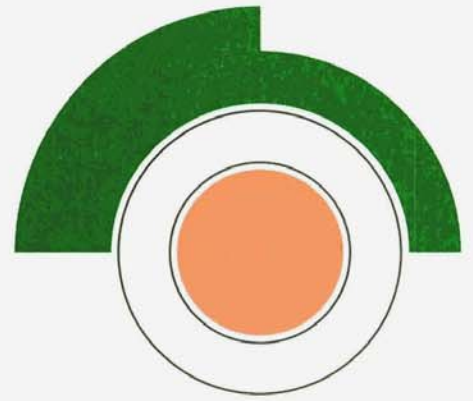


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 21



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 29. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 22.12.1998

WORT UND WIDERWORT

Soll Polizei auch ohne konkreten Verdacht kontrollieren können?

Eine weitere Ausgestaltung des Polizeigesetzes Nordrhein-Westfalen, so wie von der Oppositionsfraktion gefordert, sei nicht nötig. Bereits jetzt könne die Polizei an sogenannten gefährlichen Orten jederzeit die Identität einer Person feststellen, wenn die Annahme gerechtfertigt sei, daß dort Straftaten von erheblicher Bedeutung verabredet, vorbereitet oder verübt würden. Diese rechtliche Möglichkeit reiche aus, um die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern zu schützen. Das erklärt der SPD-Abgeordnete Jürgen Jentsch. Der CDU-Abgeordnete Heinz Paus betont, daß Hunderte von Straftätern mehr an nordrhein-westfälischen Grenzen gefaßt werden könnten, sei Grund und Anlaß genug, der Polizei das Recht zu verdachtsunabhängigen Kontrollen einzuräumen. Die CDU wolle, daß auch hierzulande die Polizei im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern sowie generell in öffentlichen Einrichtungen des internationalen Verkehrs Kontrollen durchführen könne, ohne daß eine Gefahr oder ein konkreter Verdacht vorliegen müsse. Der GRÜNE-Abgeordnete Roland Appel bekräftigt, die Einführung von verdachtsunabhängigen Kontrollen sei für die Verhütung von Straftaten sinnlos. Sie führe zu einer weiteren Einschränkung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger, indem sie das verfassungsrechtlich abgesicherte Recht auf Schutz der Persönlichkeit weiter aushöhle. Sie sei darüber hinaus mit dem verfassungsrechtlich gebotenen Rechtsstaatsverständnis nicht mehr vereinbar, da sie Willkür Tür und Tor öffne. (Seite 2)

Landtag verabschiedet Haushalt '99 in dritter Lesung

Generaldebatte mit Blick in Zukunft

Der Landtag hat am vergangenen Donnerstag in der letzten Sitzung dieses Jahres den Landeshaushalt 1999 in dritter Lesung verabschiedet. Traditionell kam es zu einer Generaldebatte zwischen Opposition und Regierungslager.

Angriffe des Oppositionsführers als haltlos zurück. Der Haushalt für das kommende Jahr sei ganz auf den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ausgerichtet. Nichts sei wichtiger als diese Aufgabe. (Ausführlicher Bericht folgt).

CDU-Fraktionschef Dr. Helmut Linssen warf dem Ministerpräsidenten Profilierungssucht zu Lasten des Landes vor. Der Oppositionsführer kritisierte vor allem die Verschwendung von Steuergeldern für den Umzug der Staatskanzlei ins Düsseldorfer Stadttor sowie für Projekte der Wirtschaftsförderung. Der Oppositionsführer zeichne ein Zerrbild Nordrhein-Westfalens, befand SPD-Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Manfred Dammeyer. NRW stehe an der Spitze der Bundesländer und der Regionen in Europa. Er schloß: „Wir haben allen Grund, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken.“ Der Fraktionssprecher der GRÜNEN, Roland Appel warf Linssen vor, er habe keine Einsicht in finanzpolitische Realitäten. Die CDU habe in die Haushaltsberatungen Millionenforderungen eingebracht, ohne zu sagen, wo das Geld herkommen solle. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) wies die

Die Woche im Landtag

Krankenhausgesetz

Den Strukturwandel in der stationären Versorgung soll das neue Krankenhausgesetz des Landes begleiten, das der Landtag verabschiedet hat. (Seite 3)

Zentralabitur

Ein von der CDU eingebrachter Antrag, zentrale Abschlußprüfungen einzuführen, wurde von der Koalition vor Überweisung an den Schulausschuß kritisiert. (Seite 4)

Kindergärten

Mit den Stimmen der Koalition hat der Landtag in namentlicher Abstimmung die Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder verabschiedet. (Seite 5)

Schlußwort

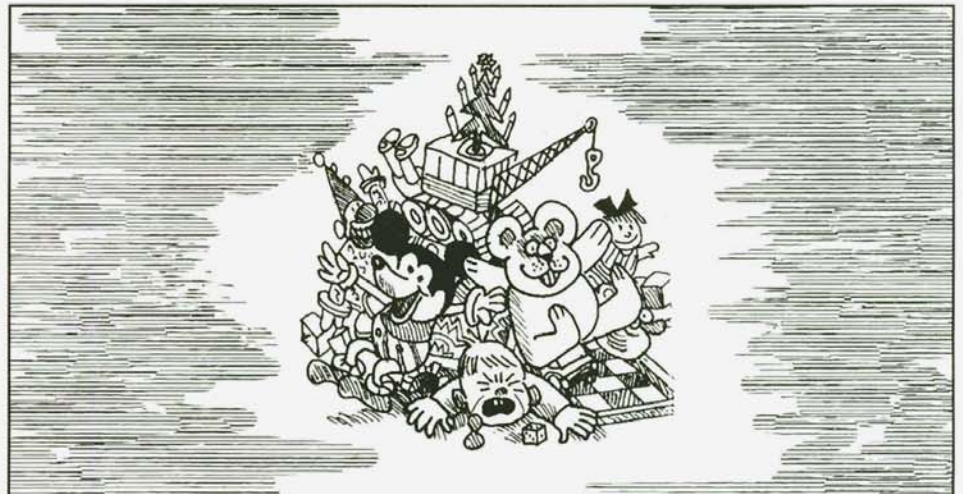
Der Haushaltsausschuß schloß seine Beratungen zum Etat 1999 und gleichzeitig eine Periode engagierter Führung ab. (Seite 14)

Staatsministerin

Christine Teusch war der erste weibliche Staatsminister in Deutschland. Ihre Ernennung zur Ressortchefin des Kultusministeriums in NRW bedeutete 1947 eine Sensation. (Seite 15)

Jahresrückblick

Der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie von Lehrstellen für Jugendliche galt im zurückliegenden Jahr die besondere Aufmerksamkeit der Landespolitik. (Seite 16)



Kinder haben zuviel Spielzeug

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

WORT UND WIDERWORT

Konträre Meinungen zu verdachtsunabhängigen Kontrollen

Von
Jürgen Jentsch

Eine weitere Ausgestaltung des Polizeigesetzes Nordrhein-Westfalen (PolG NW), so, wie von der Oppositionsfraktion gefordert, ist nicht nötig. Bereits jetzt kann die Polizei nach § 12 Nr. 2 a PolG NW an sogenannten gefährlichen Orten jederzeit die Identität einer Person feststellen, wenn sie sich an einem Ort aufhält, von dem Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß dort Personen Straftaten von erheblicher Bedeutung verabreden, vorbereiten oder verüben. Diese rechtliche Möglichkeit reicht aus, um die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern zu schützen.

Eine Kontrolle durchzuführen, ohne daß objektiv nachprüfbar Anhaltspunkte für eine Straftat gegeben sind, könnte in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, die Polizei habe ein grundlegendes Mißtrauen gegen sie.

Dies ist ein Eindruck, von dem die SPD-Fraktion nicht will, daß er erweckt wird. Die sogenannten Fahndungserfolge, die angeblich mit verdachtsunabhängigen Personenkontrollen erzielt worden sein

SPD: Vorhandene Gesetze geben der Polizei genügend Handlungsspielraum

sollen, bedürfen nach meiner Meinung der genaueren Analyse. Wir möchten nicht mit einer unnötigen Ausweitung des Polizeigesetzes das Vertrauen der Bevölkerung beschädigen, das sich darauf stützt, daß die Voraussetzungen der Kontrollen in Nordrhein-Westfalen objektiv und gerichtlich nachprüfbar sind. Diese Rechtssicherheit wollen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern gerade nicht nehmen!

Wir haben sehr sorgfältig die Erweiterung der Befugnisse der Polizei geprüft. In diesem Fall ist die Abwägung gegen eine Ausweitung gefallen. Dies liegt auch daran, daß die Polizei in Nordrhein-Westfalen so erfolgreich in der Aufklärung der Straftaten ist, daß wir diese Erweiterung gar nicht brauchen. Wir wehren uns gegen die einfache Formel, daß bei mehr Kontrolle notwendigerweise weniger Kriminalität entsteht oder verhindert werden kann. Die Faktoren, durch die Kriminalität entsteht, sind ganz andere; vom sozialen Umfeld angefangen, bis hin zu Strafbarkeitsdefinitionen von Handlungen, die vielleicht in anderen Kulturen, zu anderen Zeiten noch nicht oder vielleicht schon wieder unter das Strafgesetz fallen. Das zur Zeit gültige Polizeigesetz gibt der Polizei genügend Eingriffsbefugnisse, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Deshalb lehne ich eine verdachtsunabhängige – oder besser gesagt – anlaßunabhängige Personenkontrolle entschieden ab!

Von
Heinz Paus

Die Polizei steht vor neuen Herausforderungen: Vor allem die neue Mobilität von Straftätern und die grenzübergreifende Vernetzung von Banden und Schleusern erfordern zusätzliche Instrumentarien und Handlungsmöglichkeiten. Kooperationsmodelle und Absprachen mit den Polizeien anderer europäischer Länder sind nicht ausreichend, um die ursprüngliche Filterfunktion an den nunmehr offenen Grenzen zu ersetzen.

Für die Bekämpfung verstärkt auftretender Kriminalität, wie Drogenschmuggel und Schlepperunwesen, haben z.B. Bayern und Baden-Württemberg der Polizei durch Gesetz die Möglichkeit eröffnet, im grenznahen Raum sogenannte verdachtsunabhängige bzw. durch besondere Kriminalitätslagen begründete Kontrollen durchzuführen. Die Erfolge dieses Instruments im polizeilichen Alltag sind beeindruckend. Kfz-Diebstähle wurden aufgeklärt. Waffenschmuggler und international gesuchte Straftäter gingen der Polizei ins Netz. Verstöße gegen das Ausländerrecht wurden aufgedeckt. Diese Erfolge waren Ursache dafür, daß auch andere Bundesländer ihr Polizeirecht entsprechend ergänzt haben. Auf Bundesebene hat

CDU: Das Verbrechen erfolgreich bekämpfen

sich schließlich nach zähem Ringen die Erkenntnis durchgesetzt, daß ein bundesweit aufeinander abgestimmtes, einheitliches Vorgehen der Polizei und des Bundesgrenzschutzes möglich sein muß. Folgerichtig hat der Bundestag mit den Stimmen der SPD einer entsprechenden Änderung des Bundesgrenzschutzes zugestimmt.

In Nordrhein-Westfalen sagt die Regierung, man benötige keine verdachtsunabhängigen Kontrollen. Damit zwingt man die Polizei einerseits trotz rechtsstaatlicher Bedenken, auf dem Umweg über Verkehrskontrollen Verdacht für weitergehende Kontrollen zu schöpfen. Andererseits nimmt man sich bewußt die Möglichkeit, durch zusätzliche rechtsstaatlich sichere Instrumente mehr Verbrechen zu überführen. Daß Hunderte von Straftätern mehr an nordrhein-westfälischen Grenzen gefaßt werden könnten, ist Grund und Anlaß genug, der Polizei das Recht zur verdachtsunabhängigen Kontrolle einzuräumen. Die CDU-Fraktion hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf zur Änderung des Polizeigesetzes NW in den Landtag eingebracht, über den wir im Innenausschuß am 21. Januar 1999 mit Experten diskutieren werden. Wir wollen, daß auch hierzulande die Polizei im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 km sowie generell in öffentlichen Einrichtungen des internationalen Verkehrs Kontrollen durchführen kann, ohne daß eine Gefahr oder ein konkreter Verdacht vorliegen muß – zur Unterbindung des unerlaubten Aufenthaltes sowie zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Wir brauchen eine effektive Verbrechensbekämpfung. International operierende Kriminalität darf bei uns nicht weiter Fuß fassen.

Von
Roland Appel

Konservative Politik ruft seit einigen Jahren immer mehr nach einer Ausweitung der polizeilichen Kompetenzen. Dies steht im Zusammenhang mit der Kriminalitätspolitik der alten Bundesregierung, die vor allem auf eine Ausweitung des staatlichen Repressionsinstrumentariums gesetzt hat und u.a. zu restriktiven Änderungen der Strafprozeßordnung, zu einer Erweiterung der Kompetenzen des Bundesgrenzschutzes und nicht zuletzt zur Einführung des großen Lauschangriffs geführt hat. Damit wurden die Ängste der Bürgerinnen und Bürger vor einer Zunahme der Kriminalität ständig geschürt und falsche Erwartungen geweckt. Polizei und Justiz können Kriminalität lediglich ermitteln, vielleicht erschweren, nicht aber verhindern. Es geht vielmehr darum, daß die sozialen Ursachen, die das Entstehen von Kriminalität begünstigen, beseitigt werden.

Bei der parteipolitisch motivierten Debatte, die den Focus ausschließlich auf repressive Maßnahmen richtet, wird übersehen, daß es eines völlig anderen Ansatzes bedarf, um Verbrechen zu verhüten. Die beste Kriminalitätspolitik ist eine ordentliche Sozialpolitik!

GRÜNE: Beste Kriminalitätspolitik ist ordentliche Sozialpolitik

Dabei müssen Bürgerinnen und Bürger eine aktive Rolle wahrnehmen und verschiedene öffentliche und soziale Institutionen, wie Schulen, Jugendarbeit, öffentlicher Nahverkehr, Opferhilfe, Schuldnerberatungen oder Straffälligenhilfe, ihren Beitrag leisten. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in kriminalpräventiven Räten ist ein guter Ansatz, der weiter ausgebaut werden muß. Dort tritt neben die erfolgreiche Politikberatung auch eine Diskussion über eine Umgestaltung der kommunalen Umwelt, wie z.B. die Vermeidung von Zonen der Unsicherheit, bei einem neuen Konzept der Stadtplanung oder eine Diskussion um eine bessere Nutzung von Schulgebäuden oder eine Diskussion um verbesserte Angebote für Jugendliche durch kommunale Einrichtungen.

Daneben brauchen wir eine vernünftige Arbeitsmarkt-, Ausbildungs-, Schul- und Jugendpolitik, die dafür Sorge trägt, daß das soziale Gleichgewicht der Gesellschaft nicht weiter aus den Fugen gerät und insbesondere Jugendlichen eine Perspektive bietet.

Die Einführung von verdachtsunabhängigen Kontrollen dagegen ist für die Verhütung von Straftaten sinnlos. Sie führt zu einer weiteren Einschränkung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger, indem sie das verfassungsrechtlich abgesicherte Recht auf den Schutz der Persönlichkeit weiter aushöhlt. Sie ist darüber hinaus mit dem verfassungsrechtlich gebotenen Rechtsstaatsverständnis nicht mehr vereinbar, da sie Willkür Tür und Tor öffnet. Es ist das Kennzeichen von Diktaturen, jeden Bürger und jede Bürgerin für verdächtig zu halten. Im demokratischen Gemeinwesen braucht die Polizei konkrete Anlässe, um tätig zu werden.

Krankenhausgesetz: Reform soll Patienten und Trägern nutzen

In Zweiter Lesung hat der Landtag am 16. Dezember das novellierte Krankenhausgesetz des Landes (KHG NW) in der Form der Beschlüßempfehlung des Gesundheitsausschusses (Drs. 12/3525) gegen das Votum der CDU und mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN verabschiedet.

Vera Dedanwala (SPD) stellte fest, die Krankenhäuser unterlägen einem rasanten Strukturwandel, nachdem das Kostendeckungsprinzip durch Begriffe wie „Wirtschaftlichkeit, Kostendenken und Budgetierung von Einzelabteilungen“ abgelöst worden und wirtschaftliches Denken unabdingbar neben die optimale medizinische Behandlung und pflegerische Versorgung getreten sei. Dazu seien explodierende Kosten der Hochleistungsmedizin gekommen, so daß es zwingend erforderlich geworden sei, die Krankenhausgesetze den veränderten Gegebenheiten anzupassen: „Der vorliegende Gesetzentwurf trägt dem Rechnung.“ Er ermutige die Häuser durch eine veränderte pauschale Förderung, „den eingeschlagenen Weg der Bettenreduzierung und Strukturveränderung weiter zu gehen“ — ohne länger dadurch wirtschaftliche Einbußen fürchten zu müssen. Die Novellierungsdebatte habe sich um drei Schwerpunkte gedreht: Planungsverfahren, pauschale Förderung und Verknüpfung der sozialen Dienste mit den örtlichen Gesundheitskonferenzen. Ihr Fazit: „Die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen werden mit dem neuen Gesetz in die Lage versetzt, flexibel und nicht zum finanziellen Nachteil der Häuser auf Veränderungen im Bedarf zu reagieren. Ihr wirtschaftliches Handeln wird belohnt.“

Hermann-Josef Arentz (CDU) bezifferte die Bedeutung des Gesetzes so: Man rede über 480 Krankenhäuser im Lande, in ihnen arbeiteten 250 000 Menschen, im letzten Jahr hätten hier 3,7 Millionen Patienten Hilfe gesucht und gefunden. Der Gesetzentwurf der Landesregierung habe „flächendeckend“ Kritik geerntet, „wir haben es selten erlebt, daß ein Gesetzentwurf so übereinstimmend verrissen worden ist wie dieser“. Aus dieser Kritik habe die SPD im Lande nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen und etwa — wie von allen Krankenhäusern gewünscht — das neue Planungsrecht zurückgezogen. Der Entwurf hänge den Häusern wie ein Mühlstein um den Hals; er sei Rückschritt statt Fortschritt. Ohnehin stehe NRW mit 52 Mark Pro-Kopf-
(Fortsetzung auf Seite 13)

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, als Herausgeber sowie die Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern von „Landtag intern“ ein friedvolles Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr 1999.

Gedenken für Klaus Matthiesen



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (am Rednerpult) würdigte Klaus Matthiesen. Links Mitglieder des Ruhrkohle Chors, der zusammen mit dem Dortmunder Streichquartett die Trauerfeier musikalisch umrahmte.
Foto: Schälte

In einer Trauerfeier im Plenarsaal haben am 18. Dezember Landtag und Landesregierung von Klaus Matthiesen Abschied genommen. Dabei würdigten Landtagspräsident Ulrich Schmidt, Ministerpräsident Wolfgang Clement und Professor Dr. Manfred Dammeyer, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, den im Alter von 57 Jahren verstorbenen Staatsminister a. D. und früheren Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion. Umrahmt wurde die Feier vom Streichquartett des Philharmonischen Orchesters der Stadt Dortmund und vom Ruhrkohle Chor. Sie fand statt in Anwesenheit der engsten Familienangehörigen und zahlreichen Trauergästen.

„Klaus Matthiesen ist zu früh von uns gegangen. Wir trauern gemeinsam um einen Kollegen, Weggefährten und Freund.“ Mit diesen Worten beendete Landtagspräsident Ulrich Schmidt seine Rede zu Beginn der Feier. Klaus Matthiesen sei Parlamentarier mit Leib und Seele gewesen und Vollblutpolitiker aus Leidenschaft. Er habe die parlamentarische Auseinandersetzung geliebt und in ihr ein Lebenselement unserer parlamentarischen Demokratie gesehen.

Von Klaus Matthiesen habe man lernen können, daß Klarheit und Eindeutigkeit in der Politik sinnvoller und zielgerichteter sein können als der Versuch, den Menschen nach dem Munde zu reden. Daß politische Führung den Willen voraussetze, „ein als richtig erkanntes Ziel auch durchzusetzen, selbst wenn Mehrheiten dafür nicht von vornherein gesichert sind“. Daß Kompromißlosigkeit dort angebracht sei, wo es um Grundüberzeugungen gehe und — nicht zuletzt —, daß das Gespräch und das Zusammensein auch außerhalb des Tagesgeschäfts für den Erfolg politischer Arbeit wichtig sei. Schmidt hob den Anteil Matthiesens am Erfolg der Sozialdemokratie in NRW hervor, weil er nach besten Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger gesucht und sie dann im politischen Konkurrenzkampf durchzusetzen versucht habe. Matthiesen habe sich um das Land verdient gemacht; sein Tod habe eine Lücke gerissen.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) drückte die Trauer um einen „ganz ungewöhnlichen Menschen“ aus. Der Ministerpräsident zeichnete die Stationen des politischen Lebens nach, wie er, aus Schleswig-Holstein an den Rhein geholt, als Minister begonnen habe, Ökonomie und Ökologie zu versöhnen: „Er stand für

unseren Kurs der Erneuerung unseres industriell geprägten Landes in sozialer Verantwortung.“ Er habe versucht, sich selbst treu zu bleiben; Matthiesen habe gewußt, woher er kam und er habe gewußt, wohin er gehörte, wenn es darauf ankam. Clement: „Sein politisches Handeln war bestimmt von der Grundüberzeugung, daß es sich lohnt, das Leben der Menschen ein Stück lebenswerter zu machen.“ Dankbar und mit Respekt verbeuge man sich vor dem Lebenswerk: „Es soll uns Verpflichtung und Auftrag sein.“

Für Klaus Matthiesen seien seine Herkunft aus kleinen Verhältnissen und die christliche Bergpredigt Grundpositionen seines Handelns gewesen, unterstrichen Professor Dr. Manfred Dammeyer in seiner Trauerrede. Ergänzt worden seien seine Grundüberzeugungen von der Kraft des Wortes, die ihm verliehen war. Die Anliegen der sogenannten „kleinen Leute“ seien stets seine eigenen gewesen; Zeit seines Lebens sei er tief verbunden gewesen mit Arbeitnehmern, Industriearbeitern, Bergleuten und Bauern.

Die Herausforderungen der aktuellen Lage habe er beantwortet mit den Zielen seines politischen Handelns, Beschäftigung zu schaffen und Arbeitslosigkeit zu überwinden. Dammeyer blickte zurück und nach vorn: „Als er von der politischen Bühne abtrat, war das fröhlich. Er wollte eine neue berufliche Herausforderung annehmen. Wir wünschten ihm dabei Glück, Erfolg und Gesundheit. Er hatte die Arbeit seiner Fraktion geprägt und wußte sein Haus gut bestellt. Viele seiner Ziele und Vorgaben sind uns selbstverständlich. Sie sind uns in Fleisch und Blut übergegangen. Sie bleiben Bestandteil unserer täglichen Arbeit. Das ist sein Vermächtnis.“

CDU für Zentralabitur

SPD/GRÜNE gegen Lehrplan-Engführung

Den CDU-Antrag „Notwendige Konsequenzen aus Abiturvergleichen ziehen: Vergleichbarkeit durch zentrale Prüfungen gewährleisten - Rahmenbedingungen für guten Unterricht bereitstellen!“ (Drs. 12/3530) überwies der Landtag nach der Aussprache am 16. Dezember an den Schulausschuß und legte die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung fest.

Bernhard Recker (CDU) sah dringenden Handlungsbedarf für die Schulen des Landes nach internationalen Leistungsvergleichen. Bei zahlreichen Besuchen und Gesprächen sei eindeutig ein vergleichbares Instrument gefordert worden. Nach der Nachkorrektur von 3 000 Abiturarbeiten setze sich diese Erkenntnis auch bei früheren Gegnern von Zentralprüfungen durch. Gleiche Berechtigungsscheine müßten auch vergleichbare Leistungskriterien enthalten. Die Ministerin habe mehr Defizite an Gesamtschulen eingestehen müssen, etwa bei 15 von 28 Mathe-Klausuren, bei 60 von 102 Deutsch-Klausuren. Die angekündigten Konsequenzen reichten nicht aus. Einheitliche Bewertungen trügen zwar zu mehr Ge-

rechtigkeit bei. Verbindliche, transparente zentrale Prüfungsnormen seien außerdem unerlässlich. NRW-Oberschüler hätten einen Lernrückstand von bis zu zwei Jahren. Die Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren fordere ein strengeres Abitur. Auch ein Gütesiegel für den Realschulabschluß werde gefordert. Realschullehrer verwiesen auf das Recht gleicher Lern- und Lebenschancen. Engführung in den Lehrplänen gebe es auch bei selbsterstellten Prüfungsaufgaben. Ministerin Behler widerspreche sich selbst. Außer vergleichbaren Prüfungen müsse auch die Unterrichtsqualität verbessert werden.

Friedrich Schepsmeier (SPD) machte auf die eben veröffentlichte, neu gefaßte Ausbildungsordnung für die Sekundarstufe I aufmerksam, in der auch die Abschlüsse geregelt seien. Die Ministerin habe eine Fülle von Maßnahmen auf den Weg gebracht. Schulische Arbeit und Bildung von Schülern seien heute vielfältig gefordert. Ein Einheitsleisten sei kontraproduktiv und Rückfall in die 60er Jahre. Didaktisch vernünftig sei, wenn die Prüfung der Lehre folge, nicht umgekehrt. Anders könne nicht auf die berechtigten Bedürfnisse von Schülern eingegangen werden. Vor Ort gebe es Vorschläge, Verfahren zu verbessern, aber nicht sie abzuschaffen. Die Arbeit in den Schulen solle nicht schlechtgemacht werden. Die CDU verstärke ihre falsche Einschätzung, indem sie auch noch Hauptschüler zentralen Abschlußprüfungen unterziehen wolle.

Brigitte Schumann (GRÜNE) bedauerte, daß keine wirklich neue bildungspolitische Initiative von der CDU komme, sondern vielmehr ein Aufguß alter Forderungen, und daß die CDU ihre Ideologie wie ein Kuckucksei der Debatte unterschiebe. Bei Abiturprüfungen gehe es nicht um ein Gesamtschulproblem. Die relativ geringe Quote der Abweichungen werde durch beratende Gespräche behandelt. Mit Zentralabitur sei kein Problem zu lösen, sondern werde nur die Unterrichtspraxis in der gesamten Oberstufe rigide festgelegt. Interessen der Lerngruppen kämen kaum zum Zuge, was schwerwiegende Motivationsnachteile habe. Profilbildung, selbstorganisiertes und fächerübergreifendes Lernen würden unmöglich gemacht. Statt Öffnung des Unterrichts für problemlösende Aufgaben erfolge Verengung auf stoffhuberischen Paukunterricht. Völlige Abstraktion von der Lerngruppe sei das Gegenteil von gerechter Leistungsbewertung. In Deutschland gebe es im übrigen zu wenige Jugendliche mit hochwertigen Abschlußqualifikationen. Wir stünden am Rande einer neuen Bildungskatastrophe. Für eine Verschärfung der Abschlußregelungen gebe es also keinen Grund.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) zitierte Einstein, Vorurteile seien schwerer zu zertrümmern als Atomkerne. Die Debatte belege das. Behler verwies auf ihre Rede vom 19. November, die Satz für Satz zu unterstreichen sei

GRÜNE gegen „unsichtbare Zuwendungen“

Beihilfe-Anspruch für Abgeordnete gekürzt

Den Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN zur Änderung der Beihilfeverordnung für Abgeordnete (Drs. 12/3428) nahm der Landtag nach der Aussprache am 16. Dezember in Zweiter Lesung an. Die CDU-Opposition stimmte gegen die an die Kostendämpfungspauschale für NRW-Beamte im Haushaltssicherungsgesetz angelehnte Regelung, die so für Beamte nicht hinnehmbar sei. Mit den Stimmen von SPD, CDU und einigen GRÜNEN gegen die Stimmen von einigen Abgeordneten der GRÜNEN beschloß der Landtag die Erhöhung der Entschädigung um 123, der Kostenpauschale um 28, des Mehraufwands um 14 Mark und der Mitarbeiterpauschale um 72 Mark (Drs. 12/3467, /3384). Den GRÜNEN-Antrag, alle Zuwendungen an Abgeordnete zu überprüfen (Drs. 12/3507), lehnten SPD und CDU ab.

Edgar Moron (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer, hielt die Anpassung an Kürzungen im öffentlichen Dienst für selbstverständlich. Die Einstufung der Abgeordneten sei zwar zu hoch, doch wolle der Landtag ein

Zeichen setzen und akzeptiere einen jährlichen Selbstbeitrag von 600 Mark.

Heinz Hardt (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer, begründete die von seiner

Fraktion vorgeschlagene unterschiedliche Behandlung ausgeschiedener Abgeordneter, lehnte jedoch die Zuzahlung auch für Arzt- und Laborkosten durch NRW-Beamte ab. Die CDU halte ein Sonderopfer der Beamten nicht für akzeptabel.

Roland Appel (GRÜNE), nannte es Opportunismus gegenüber den Beamten und eine Milchmädchenrechnung, bei der Beihilfe-Regelung von sozialer Unausgewogenheit zu sprechen.

Edgar Moron (SPD) schilderte die Entstehung des Zahlengeflechtes, aus dem die Höhe der Diäten errechnet werde, und äußerte sich erfreut, daß auch die GRÜNEN jetzt die offene, transparente Regelung mittragen. Das sei ein sehr ernsthafter Schritt zu verantwortungsvollem Parlamentarismus. Der GRÜNEN-Antrag, eine Kommission einzusetzen, sei jedoch ärgerlich.

Heinz Hardt (CDU) ergänzte, das streng objektivierte Verfahren basiere auf Daten aus 1996. Weihnachts- und Urlaubsgeld gebe es für Abgeordnete nicht. Über den GRÜNEN-Antrag sei grundsätzlich zu reden. Deren Verwirrspiel, heimlich mitkassieren und öffentlich Kollegen an den Pranger stellen, sei entlarvt.

Roland Appel (GRÜNE) erwähnte, GRÜNE-Abgeordnete zahlten monatlich bis zu 2100 Mark an Öko-Fonds für Umwelt-, Sozial- und Migrationsprojekte. Die GRÜNEN kritisierten unsichtbare Zuwendungen durch mehrere Einkommen, Übergangsregelungen oder üppige Rentenansprüche. Nirgendwo sonst gebe es solche Belohnung für den Wechsel im Beruf oder Rentenanspruch ab 60 bereits nach acht Jahren. Über eine Reform der Diäten müsse dringend gesprochen werden.



Für sehr faire und konstruktive Zusammenarbeit dankte die stellvertretende Vorsitzende Gisela Meyer-Schiffer (SPD, l.) dem scheidenden Vorsitzenden Leo Dautzenberg (CDU) im Namen des Haushalts- und Finanzausschusses mit dem gerahmten Druck einer alten chinesischen Anleihe zur Erinnerung an seinen besonderen Einsatz für Chancen der Düsseldorfer Börse. Dautzenberg leitete die Haushaltsausschußberatungen bis zur 3. Lesung, obwohl er am 27. September in den Bundestag gewählt worden war (r. Silvia Winands, Ausschußassistentin).

Personalabbau in Kindergärten durch die Träger soll sozialverträglich erfolgen

Landesparlament verabschiedet in Dritter Lesung die GTK-Novelle

Der Landtag hat mit den Stimmen der Koalition von SPD und GRÜNEN in namentlicher Abstimmung die Novelle zum Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) in Dritter Lesung verabschiedet. Die Dritte Lesung war auf Antrag der CDU erfolgt. Für den Gesetzentwurf stimmten 119 Abgeordnete der Regierungsfractionen. 82 Abgeordnete der CDU-Opposition stimmten dagegen. Zwei GRÜNE-Abgeordnete enthielten sich. Ein Entschließungsantrag der Koalition wurde angenommen, einer der Union abgelehnt. Die Änderung sieht Einsparungen bei den Sachkosten und einen Personalabbau vor, womit mittelfristig 440 Millionen Mark gespart werden sollen. Durch Zusammenlegung und Streichung von Kindergartengruppen am Nachmittag sollen rund 4000 Stellen von Erzieherinnen wegfallen. Die Kindergartenträger wollen sich bemühen, den Personalabbau sozialverträglich vorzunehmen.

Bernd Flessenkemper (SPD) hielt der CDU vor, ihre einzige Aktivität habe sich darauf beschränkt, zwischen der Zweiten und Dritten Lesung einen Entschließungsantrag einen Tag vor der Plenarsitzung einzubringen. Damit wolle die CDU – das müsse man ganz deutlich nach außen als Botschaft kenntlich machen – offensichtlich Erzieherinnen und Eltern für ihre politischen Interessen vereinnahmen, ohne jedoch deren Interessen ernsthaft durchzusetzen zu wollen. Zur eigenen Position sagte Flessenkemper, die SPD unterstütze die Gesetzesnovelle der Landesregierung, ergänzt durch die Forderungen ihres Antrages, weil damit die plurale Struktur der Kindergärten im Lande bedarfsgerecht abgesichert werde, weil die Schließung und Umwandlung von Einrichtungen verhindert werde, weil die soziale Staffelung der Elternbeiträge beibehalten werden könne, weil die pädagogische Qualität nach wie vor gewährleistet werde, weil durch die Personalanpassung über gewünschte Zeitüberverlagerung in andere Einrichtungen Überfluktuation erzielt werde, weil damit betriebsbedingte Kündigungen vermieden und die Sorgen der Erzieherinnen aufgegriffen werden könnten, weil man bedarfsgerechte Angebote für Eltern, insbesondere auch für Alleinerziehende, ermöglichen könne und weil diese im Rahmen der Experimentierklausel zügig umgesetzt werden könnten.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, erklärte, nur selten zuvor habe eine Landesregierung im Bereich der Familienpolitik sich einer solch massiven Kritik gegenübergesehen wie diese rot-grüne Regierung mit ihrem Versuch einer Novellierung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder. Gerade gestern hätten den Präsidenten des Landtags über 28000 Unterschriften von diesem Gesetz Betroffener erreicht. „Herr Flessenkemper, in wel-



Einsparungen vorgesehen: v. l. Bernd Flessenkemper (SPD), Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, Ute Koczy (GRÜNE) und Familienministerin Birgit Fischer (SPD).
Fotos: Schälte

chem Land leben Sie eigentlich, oder welchen Realitätsverlust haben Sie, daß Sie meinen, der Gesetzentwurf wäre überwiegend positiv beurteilt worden?“ fragte Linssen. Ein Blick auf das Ergebnis, das vorliege, zeige: Die Koalitionsfraktionen hätten aus all dieser Kritik nichts, aber auch gar nichts gelernt. Der vorliegende Gesetzentwurf und die damit zusammenhängende Betriebskostenverordnung seien kinderfeindlich, familienfeindlich und frauenfeindlich. Er habe selten erlebt, daß eine Landesregierung die Erziehung von Kindern und die beruflichen Nöte von Erzieherinnen so gering geachtet habe wie diese. Es werfe ein bezeichnendes Licht auf den Zustand des Landes, wenn der Rotstift eines sicherlich überforderten Finanzministers über alle Erkenntnisse der Pädagogik siege und der Zwang zur Haushaltskonsolidierung sich insbesondere auf die Kleinsten und Schwächsten in der Gesellschaft auswirke.

Ute Koczy (GRÜNE) sagte, es liege hier und heute ein Entschließungsantrag der CDU vor, der zwar einige richtige Punkte, wie zum Beispiel die notwendige Entkoppelung der Sach- von den Personalkosten oder die Anstrengungen des Landes zur Deckung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz aufgreife, ein Entschließungsantrag aber, der gleichzeitig die Reduktion der Trägeranteile als notwendig darstelle, um die Finanzierbarkeit der Einrichtungen durch die Träger zu sichern und ein plurales Angebot zu erhalten, gehe an der Realität vorbei. Damit dokumentiere die CDU, daß sie die Ursache des Spardrucks rechtfertige, schöne Rede und akzeptiere. Wenn schon, dann hätte die Opposition den Dreh- und Angelpunkt der Novellierung kritisieren müssen, dann hätte sie darzustellen müssen, daß es die Briefe des Katholischen und Evangelischen Büros gewesen seien, die eine Reduktion der Trägeranteile auf 15 bzw. 10 Prozent im Juli 1997 verlangt und die Landesregierung zum Handeln veranlaßt hätten. „Kein Wort davon in Ihrer Rede, kein Wort davon in Ihrem Antrag!“

Familienministerin Birgit Fischer (SPD) betonte, sie wisse nicht, warum diese Dritte Lesung von der CDU überhaupt beantragt worden sei, denn das, was heute von der

Opposition vorgetragen worden sei, sei in der Tat nichts Neues. Es liege ein einziger Änderungsantrag der CDU vor. Er besage, man könne doch einfach 120 Millionen DM Landesmittel in die Hand nehmen, sie in das Kindergartengesetz investieren, dann sei doch das gesamte Problem gelöst und die Einsparungen hätte man nicht gebraucht. „Ich weiß nicht, was das für eine Milchmädchenrechnung ist“, sagte die Ministerin. Sie erläuterte, die Einsparungen im Kindergartengesetz beruhten auf zwei verschiedenen Säulen: Der Trägeranteil werde erstens abgesenkt, und zweitens profitierten die Träger nochmals, da die Kindergartenkosten, an denen sie einen prozentualen Anteil trügen, insgesamt sinken würden. Sowohl der Trägeranteil vermindere sich also als auch der prozentuale Anteil der Träger durch die Verringerung der Gesamtkosten. Was die CDU mit ihren 120 Millionen Mark fordere, mache die Kindergartenplätze nicht billiger. Letztlich wäre es für die Träger nicht billiger, sondern eher noch teurer geworden.

Bernd Flessenkemper (SPD) meinte in einem weiteren Redebeitrag, die CDU rede darüber, wie sich die Situation der Erzieherinnen in der Zukunft darstelle. Darüber habe man sich schon mehrfach ausgetauscht. „Ich will Ihnen noch einmal sagen: Wenn wir grundsätzlich die Notwendigkeit einer Veränderung akzeptieren – was Sie offensichtlich nicht tun und damit wieder demonstrieren, daß Sie politisch handlungsunfähig sind –, tun wir es.“ Man handele nicht nach der Rasenmähermethode, sondern nachfrage- und bedarfsorientiert. Flessenkemper: „Ich frage Sie konkret: Welche andere Lösung haben Sie denn als die Lösung, beispielsweise in einer Einrichtung, in der Sie feststellen, daß am Nachmittag von 25 Kindern nur drei zurückkommen, ganz behutsam eine Personalanpassung vorzunehmen? Wo ist denn Ihre Alternative dazu?“

Josef Wilp (CDU) war Mitglied im Rat der Gemeinde Mesum, die bei der Gebietsreform 1975 in die Stadt Rheine aufgegangen ist, in der er seither Ratsmitglied ist. (Dies in Ergänzung zur Personalie in Ausgabe Nr. 20)

Fortsetzung der Berichterstattung über die Zweite Lesung des Haushalts 1999

Landespolitik in finanziell schweren Zeiten

Die Fortsetzung der Berichterstattung über die Zweite Lesung des Haushaltsgesetzes 1999 am 10. und 11. Dezember setzt beim Teilbereich Sport des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport an. Während die Opposition den Vorwurf erhob, das Land würde nicht genügend für den Sport tun, betonten Abgeordnete der Koalition sowie die Sportministerin das Gegenteil und wiesen auf die Schwerpunkte der Sportförderung hin.

Sport

Dr. Annemarie Schraps (CDU) erklärte, in der Landesregierung habe Sport nicht den ihm zustehenden Stellenwert, nicht die ihm zustehende Lobby und Sensibilität für die größte Bürgerinitiative dieses Landes. Es werde im diesjährigen Haushalt ganz deutlich sichtbar. Der Sporthaushalt 1999 betrage knappe 0,2 Prozent des Gesamthaushalts und erfahre auch in diesem Jahr keine Aufwertung. Gerade Sport brauche in finanziell schweren Zeiten eine Schwerpunktbildung mit ausreichender Förderung. Diese Schwerpunktbildung sei im Landshaushalt Sport nicht vorhanden.

Heidi Berger (SPD) meinte dagegen, der vorgelegte Landessportplan für das Jahr 1999 bewiese erneut den hohen Stellenwert, den der Sport in NRW habe. Der Landessportplan umfasse für das Jahr 1999 ein Gesamtvolumen von rund 181 Millionen Mark. Er sei allerdings gegenüber 1998 mit einem Minus von 1,83 Prozent leicht gesenkt worden. Nicht eingerechnet in diese 181 Millionen Mark seien weitere 51 Millionen Mark, die dem Landessportbund aus Einspielergebnissen der Lotterien für seine Aufgaben jährlich zur Verfügung gestellt würden.

Gerd Mai (GRÜNE) wies darauf hin, daß die Förderung der Übungsarbeit in den Sportvereinen mit 23 Millionen Mark auch im nächsten Jahr konstant gehalten werden könne. Er sehe große Zufriedenheit, daß man trotz schwieriger Haushaltslage und enger werdender Finanzspielräume die An-

sätze habe weitgehend halten können, insbesondere für die für ihn wichtigen Schwerpunkte. Die wichtige Arbeit der Übungsleiter und Übungsleiterinnen sowie Trainer und Trainerinnen in den Sportvereinen sei damit gesichert.

Sportministerin Ilse Brusis (SPD) unterstrich, diese Landesregierung stehe für Kontinuität in der Sportförderung. Auch deshalb bleibe man dem Sport und seinen Vertretungen verlässlicher Partner. Nicht zuletzt zeige sich das im Entwurf des Landshaushalts für 1999. Denn dieser Entwurf setze die bewährten Grundlagen der Sportförderung trotz sehr schwieriger finanzpolitischer Rahmenbedingungen fort. Die Ministerin gab zwei Beispiele. So würde die Übungsarbeit in den Sportvereinen auch im kommenden Jahr mit 23 Millionen Mark unterstützt. Für die Modernisierung von Sportstätten würden über 40 Millionen Mark zur Verfügung stehen.

Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit

Der Landtag beriet dann den Einzelplan 11 des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit, der mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN angenommen wurde. Die CDU-Opposition stimmte dagegen. Der Einzelplan gliederte sich in die Teilbereiche Frauen, Jugend und Familie sowie Gesundheit.

Frauen

Regina van Dinther (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, sagte, zum ersten Mal berate man heute den Haushalt für das Aufgabengebiet „Gleichstellung von Mann und Frau“, das nun in ein Ministerium mit weiteren Aufgaben eingebunden sei. Das bedeute für die Ministerin Fischer einen Gewinn an Kompetenz und Gestaltungsspielraum, aber auch an Verantwortung für wichtige

Politikfelder, in denen vor allem Frauen durch politische Maßnahmen und Beschlüsse betroffen seien. Auch wenn man als CDU die Ressorts sicher anders zugeschnitten hätte, so sei es dennoch längst überfällig gewesen, die Frauenpolitik durch einen Kompetenzzuwachs auch im Ministerium aufzuwerten.

Helga Giesselmann (SPD) betonte, man müsse immer wieder darauf hinweisen: Frauenpolitik sei eine Querschnittsaufgabe, und die Mittel dieses Haushaltsteils stellten ja nur einen Teil dessen dar, was in Nordrhein-Westfalen den Frauen an Haushaltsmitteln insgesamt zugute komme. Sie erinnerte an das Aktionsprogramm „Frau und Beruf“, das Frauen an allen Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Strukturprogrammen die gleichberechtigte Teilhabe sichern solle. Die Schwerpunkte der Frauenpolitik im kommenden Jahr würden wie bisher die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe der Frauen an der Erwerbsarbeit und Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und Kindern und Schutz und Hilfe für die Opfer sein.

Marianne Hürten (GRÜNE) erklärte, ein großes Frauenministerium habe mehr Spielräume. Der Entwurf zum Landshaushalt 1999 bestätige das. Die Mittel für Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Frauenhandlungsberatungsstellen und Wohnangebote, Mittel für weibliche Behinderte und für Anti-Gewaltmaßnahmen blieben unangetastet. Das Geld für Prostituiertenprojekte sei nur unwesentlich gekürzt worden. „Schmerzlich trafen uns die Kürzungen bei den Mädchenhäusern und der Anlaufstelle im Bereich organisierter Kinderschänderringe.“ Sie habe sich aber vergewissern können, daß die bedauerlichen Kürzungen lediglich nicht verwirklichte Projekte beträfen.

Frauenministerin Birgit Fischer (SPD) bekräftigte, für die Frauenpolitik ergäben sich drei Schwerpunkte: Frauen müßten gleiche Chancen im Erwerbsleben haben, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie müsse für Frauen und Männer gleichermaßen verbessert werden, und man müsse Frauen und Kindern, die von Gewalt betroffen seien, wirksam helfen, sie schützen und den Gewaltkreislauf durchbrechen. Sie wies darauf hin, die nordrhein-westfälische Frauenpolitik erhalte künftig Rückenwind aus Bonn. Nordrhein-Westfalen habe in den letzten Jahren eine frauenpolitische Infrastruktur aufgebaut, die bundesweit Vorbildcharakter besitze. Im übrigen unterstrich die Ministerin, die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt bleibe in der Frauenpolitik politisches Ziel Nummer eins.

Jugend und Familie

Der Stellenwert des Politikbereichs Kinder, Jugend und Familie ist nach wie vor hoch. Fast 2,5 Milliarden Mark stellt das Land hier bereit. Armut und Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen sollen u. a. bekämpft werden.



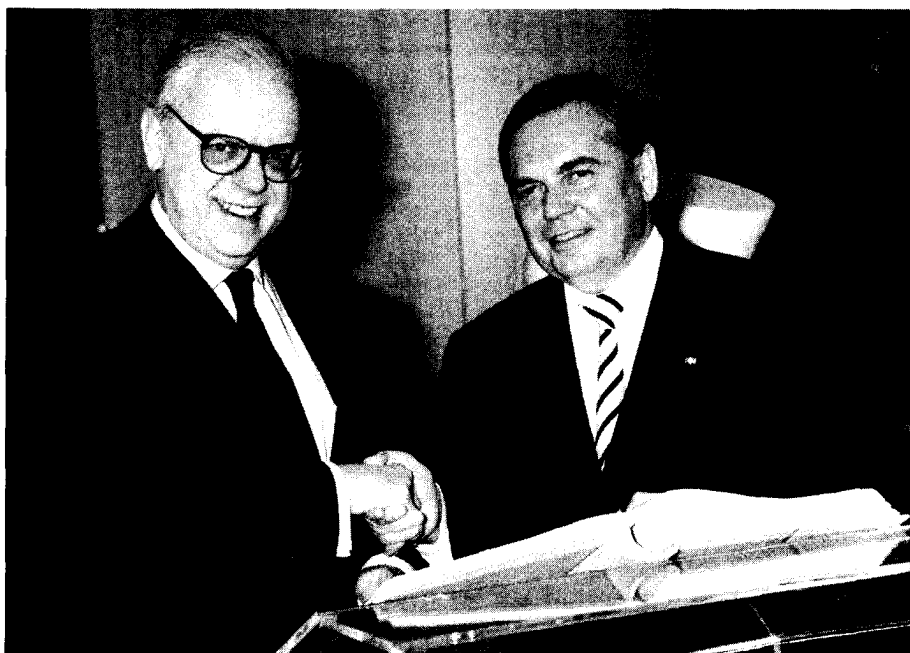
Gegen Gewalt an Frauen und Kindern: v. l. Regina van Dinther (CDU), Helga Giesselmann (SPD), Marianne Hürten (GRÜNE) und Frauenministerin Birgit Fischer (SPD).
Fotos: Schälte

Thomas Mahlberg (CDU) sagte, die CDU-Fraktion lehne den Haushalt für den Bereich Kinder, Jugend und Familie ab. Zur Begründung nannte der Abgeordnete das GTK, das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder. Obwohl es positive Elemente gebe. Als negativ bezeichnete er die Reduzierung der Trägeranteile. Die Nachteile in diesem Bereich wögen erheblich schwerer. Entscheidend sei ferner die Personalbemessungstabelle, die dazu führen werde, daß man mit einem Stellenabbau von 4500 Stellen zu rechnen habe. Ferner forderte der Abgeordnete weitere 273 Stellen für eine vernünftige Verbraucherinsolvenzberatung in NRW.

Bernd Flessenkemper (SPD) bezeichnete es als richtig, daß der Politikbereich für Kinder, Jugend und Familien in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr wieder mit über 2,3 Milliarden DM gefördert werde. Damit werde deutlich, wie groß der Stellenwert dieses Politikbereichs hier im Lande sei. Es sei auch wichtig festzustellen, daß Kürzungen, an denen man in anderen Bereichen kaum vorbeigekommen sei, auf diesem Feld ausgeblieben seien. Im Gegenteil, in dem einen oder anderen Fall werde noch draufgesetzt. Das gelte beispielsweise für die familienpolitischen Leistungen im Zusammenhang mit den Beratungs-, Erholungs- und Familienbildungsmaßnahmen. Als weiteren Schwerpunkt wertete der Abgeordnete den Landesjugendplan als Förderinstrument für Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.

Ute Koczy (GRÜNE) berichtete, die Einnahmeseite des Einzelplans nach der zweiten Ergänzungsvorlage sei auf 257,991 Millionen Mark festgesetzt worden. Die beachtliche Höhe finde ihre Begründung in den Erstattungen des Bundes für die Ausgaben nach dem Unterhaltsvorschußgesetz in Höhe von 198,5 Millionen Mark sowie weiteren Einnahmen in Höhe von angesetzten 52 Millionen Mark. Im Gegenzug würden Unterhaltsleistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz auf der Ausgabenseite mit 297,75 Millionen Mark angesetzt. Damit unterstreiche man auch von Landesseite aus die Bedeutung, die dieses Gesetz für Kinder habe, die bei einem alleinerziehenden Elternteil lebten, und wo im Regelfall die Väter nicht zahlten.

Jugend- und Familienministerin Birgit Fischer (SPD) teilte mit, der Entwurf des Haushalts 1999 umfasse für den Bereich Kinder-, Jugend- und Familienpolitik insgesamt 2,5 Milliarden Mark. Das entspreche gegenüber dem letzten Jahr einer Steigerungsrate von 4,7 Prozent. Das sei eine gute Grundlage für die Gestaltung der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen. Die gewachsene Infrastruktur werde gesichert, die Träger hätten Planungssicherheit und auf neue Herausforderungen könne man angemessen reagieren. Für die Familien, für die Kinder und Jugendlichen im Lande sei dies ein gutes Signal; denn mehr denn je bräuchten sie verbindliche Perspektiven und Zukunftssicherheit. Wachsende Armut, Arbeitslosigkeit, vor allem auch die Jugendarbeitslosigkeit schränkten die Entwicklungschancen ein. Schon Zwölfjährige fühlten sich von den Folgen der Arbeitslo-



Den Botschafter der Republik Österreich in Bonn, Dr. Markus Lutterotti (l.), hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) zu einem Antrittsbesuch im Landesparlament am Rhein empfangen. Foto: Schälte

sigkeit betroffen und sorgten sich um ihre eigene berufliche Zukunft.

Gesundheit

Bei der Erörterung des Teilbereichs Gesundheit spielte die neue Bonner Gesundheitspolitik eine Rolle, die von der CDU abgelehnt, von der Koalition begrüßt wurde.

Rudolf Henke (CDU) betonte, das Gesundheitswesen in Deutschland gebe mehr als vier Millionen Menschen Lohn und Brot. Allein die Krankenhäuser beschäftigten fast 1,2 Millionen Mitarbeiter — in NRW seien es mehr als 250 000 —, die Arztpraxen hätten fast 650 000 Erwerbstätige, in NRW rund 130 000. Das Gesundheitswesen gehöre heute zu den großen Stützen des Arbeitsmarktes. Trotzdem sei das Gesundheitswesen natürlich kein großes Beschäftigungsprogramm, sondern es habe einen Zweck. Es diene dazu, Gesundheit zu erhalten, Leben zu retten, Krankheit zu heilen. Viele der Herausforderungen seien ohne die in der gesetzlichen Krankenversicherung zum Ausdruck kommende Solidarität nicht zu bewältigen. Aber zur Solidarität gehöre als andere Seite der gleichen Medaille auch Eigenverantwortung. Henke bekräftigte, mit ihren Aussagen vor der Bundestagswahl hätten SPD und GRÜNE sehenden Auges Erwartungen zum Gesundheitswesen geweckt, die nicht zu erfüllen seien.

Horst Vöge (SPD) erklärte, im Bereich der Seniorenpolitik werde die bisherige erfolgreiche Politik fortgesetzt. Der Kern der Bemühungen sei dabei, die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen. Ein Anliegen der Koalition sei die Förderung von Maßnahmen zur Alternenholung. Im Bereich des Maßregelvollzugs sei 1999 für die Unterbringung von Patienten ein Gesamtansatz von 201 Millionen Mark vorgesehen. Ministerin Fischer würde ausdrücklich in ihrem drogen-

politischen Ansatz unterstützt. Derzeit gehe man in NRW von etwa einer Million suchtkrank Menschen aus. Viele dieser Suchtkranken seien mehrfach süchtig. Die Drogenpolitik basiere auf drei Säulen: Suchtprävention, Hilfe für Suchtkranke, Verfolgung der Straftäter.

Daniel Kreutz (GRÜNE) meinte, in der Gesundheitspolitik mache sich die neue Bundesregierung deutlich bemerkbar. Er finde die ersten Signale sehr begrüßenswert. Mit dem Gesetz zur Stärkung der Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung habe das sozialstaatliche Gesundheitswesen Weihnachten. Der neo-liberalen Systemveränderung werde Einhalt geboten. Die Wiederaufbauarbeiten an der unter Seehofer demontierten solidarischen Krankenversicherung habe begonnen. Kopplung von Beitragserhöhungen und Mehrbelastungen der Kranken werde entsorgt zusammen mit den systemfremden Elementen aus dem privaten Versicherungsmarkt, wie Beitragsrückgewähr, Kostenerstattung für Pflichtversicherte und Selbstbehalte. Es gebe wieder Anspruch auf Zahnersatz für alle.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) erklärte, die Gestaltung der Gesundheitspolitik des Landes hänge in hohem Maße von den bundespolitischen Rahmenseitungen ab. Bereits die ersten Maßnahmen der neuen Bundesregierung machten deutlich, daß der Kurs in der Zweiklassenmedizin gestoppt sei und daß das Solidarsystem gestärkt werde. Der Aushöhlung der Gesetzlichen Krankenversicherung sei ein Riegel vorgeschoben. Die Stabilität der Beitragssätze müsse aber auch bei der Strukturreform oberste Priorität haben. Damit wüchsen zugleich die Gestaltungsmöglichkeiten des Landes, gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren. Als Leitlinie bei Aufstellung des Haushalts gab die Ministerin aus: Man werde das hochentwickelte und leistungsfähige gesundheitliche Versorgungssystem im Land sichern und stärken.

„Der Umzug rechnet sich auch fürs Land“

Die jahrelang heiß diskutierte Wohnungsnot im Lande hat sich offenbar entspannt: Fachleute gehen von einem normativen Fehlbefund von 293 000 Wohnungen aus – vor drei Jahren noch diagnostizierte die Opposition im Landtag, daß eine halbe Million Wohnungen fehlten. Während in der Zweiten Lesung des Einzelplans 14 – Bauen und Wohnen – die Koalition diese positive Entwicklung auf die erfolgreiche rot-grüne Politik zurückführte, bemängelte die CDU in der Etatdebatte die nach ihrer Meinung einseitige Ausrichtung der Förderungspolitik im Land auf den sozialen Wohnungsbau; die Eigentumsförderung werde weiterhin sträflich vernachlässigt.

Bauen und Wohnen

Siegfried Zellnig (CDU) äußerte sich zur Mietpolitik und zum Wohnungsbauprogramm 1999 des Landes. Bei den Mieten gehe man in chaotische Zeiten, denn

bau sei vom Finanzminister und den Wohnungsbaupolitikern seiner Fraktion gebrochen worden: Statt eigentlich 25 sei man auf zehn Pfennig pro Quadratmeter heruntergegangenen. Preistreiber sei da der, der die einkommensorientierte Förderung propagiere, denn da werde bei dem, der mehr verdiene, richtig abgegriffen. Eine Endmiete von über 17 Mark wolle sich niemand zumuten. Wenn heute zu viele von der Fehlbelegerabgabe erfaßt würden, dann deswegen, weil die alte Bundesregierung sich jahrelang geweigert habe, die Einkommensgrenzen anzuheben. Das werde jetzt von der neuen Bundesregierung in Angriff genommen. Auch beim Wohngeld werde man zu einer vernünftigen, auch finanzierbaren Lösung kommen. Eine Erweiterung der Eigentumsförderung stehe ins Haus. Die Wohnungspolitik sei Eckpfeiler der erfolgreichen Regierungspolitik, schloß er.

Hedwig Tarnier (GRÜNE) diagnostizierte eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt – aber nur in Teilbereichen. So sanken etwa die Neubaumieten, es stiegen aber immer noch die Mieten im Bestand; gerade in Altbauten sei die Steigerungsrate hoch. Zudem verlören immer mehr Wohnungen die Sozialbindung, das treffe

weiter. Das Wohnungsbauprogramm solle noch zielgenauer werden. Was das Wohngeld angehe, so werde die Reform kommen, aber es müsse eine echte Reform sein: Er sei ganz froh darüber, daß der bedächtige sauerländische Bundesbauminister Müntefering sich dazu die nötige Zeit nehmen wolle.

Ministerpräsident und Staatskanzlei

Trotz einer lebhaften Kontroverse über die Kosten des geplanten Umzugs der Staatskanzlei in ihr neues Domizil im Stadttor und über die Finanzierung von Projekten in den Entwicklungsländern sowie der Information über deren Notwendigkeit wurde der Einzelplan 02 (Ministerpräsident und Staatskanzlei) angenommen. Die CDU stimmte in der Zweiten Lesung dagegen.

Ilka Keller (CDU) forderte für die Europa- und Eine-Welt-Politik ein eigenes, erkennbares Profil: Sie müßten mehr als bloße Anhängsel im Haushalt der Staatskanzlei sein. Sonst sei die Gefahr, daß die Bereiche „klammheimlich“ geschmäleret würden.



Kontroverse über den Umzug der Staatskanzlei: v. l. Ilka Keller, Ruth Hieronymi (beide CDU), Reinhard Grätz (SPD), Gisela Nacken (GRÜNE) und Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD).
Fotos: Schälte

hier überrundet durch die verfehlte Förderpolitik der Landesregierung („absolutes Festhalten am ersten Förderweg und Erhöhungsaktion durch Höherverzinsung“) inzwischen die Mieten im sozialen die Mieten im frei finanzierten Wohnungsbau. Das Land lasse sehenden Auges die Mieten explodieren und kassiere ab. Auch die Art, wie die Fehlbelegerabgabe im Lande gehandhabt werde, trage zur Steigerung bei. Nach wie vor werde Eigentum in der Förderpolitik sträflich behandelt; bei der Eigentumsquote trage das Land im Vergleich die Schlußlaternen, weil die einkommensorientierte Förderung für die Regierung schon immer „Teufelswerk“ gewesen sei. Was den Menschen in der Mietzinspolitik zugemutet werde, das sei mittlerweile „unanständig und unmenschlich“; in der Wohnungsbaupolitik würden immer noch die „Nieten“ der letzten Jahre mitgeschleppt, Neues und Innovatives fehle, vom Schwerpunkt Bestandspflege sei nichts zu erkennen.

Gerd-Peter Wolf (SPD) widersprach: Die Zinsdynamik im öffentlichen Wohnungs-

vor allem Kinderreiche, Alleinerziehende, Ausländerinnen, ältere Menschen und Arbeitslose. Bezahlbarer Wohnraum werde angesichts der wachsenden Zahl einkommensschwacher Haushalte immer knapper. Darum sei dafür zu sorgen, „daß der soziale Wohnungsbau auch sozial bleibt“. Was die CDU zum Wohngeld beantrage, das sei der Versuch, die neue Bundesregierung für die Versäumnisse der alten haftbar zu machen.

Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) stellte fest, die Union wisse genau, „daß unsere Wohnungspolitik im Vergleich zu der aller anderen Länder die erfolgreichste Wohnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland ist“. Seit 1995 habe die Landesregierung 110 000 Wohnungen öffentlich gefördert und dazu beigetragen, daß der Wohnungsmarkt sich entspannt hat. Die GRÜNEN hätten durchaus nichts gegen Eigentum, im Gegenteil: „Wir bewilligen jeden einzelnen Antrag auf Eigentumsförderung, der an uns gestellt wird.“ Im kommenden Jahr werde das Eigentumsprogramm auf fast 9 000 Einheiten er-

Die Eine-Welt-Politik zähle ohnehin in den diesjährigen Haushaltsberatungen zu den Verlierern; der massive Eingriff mache Sorge. Die CDU sei der Meinung, es sei wichtiger, daß von den Mitteln im Süden für die Menschen etwas hängenbleibe, als daß hierzulande jeder wisse, was Eine-Welt-Politik bedeutet. Diese Gewichtung sei besser als die, die derzeit vorgenommen werde: „Wenn nichts mehr übrigbleibt, um auf der anderen Seite, im Entwicklungsland, Hilfestellung zu geben, nutzt auch die beste Aufklärung nichts.“

Ruth Hieronymi (CDU) erkannte Unterschiede: Während bei den Kindergärten, Universitäten und Kliniken gekürzt werde, sei im Haushalt des Ministerpräsidenten „Geld reichlich vorhanden“ – solche Prioritäten lehne ihre Fraktion ab. So sei es angesichts der Haushaltslage des Landes unverantwortlich, „das Land mit derartig hohen Kosten zur Anmietung repräsentativer Gebäude zu belasten“ – die Sprecherin bezog sich dabei auf den Umzug der Staatskanzlei und den Neubau der Landesvertretung Berlin. Dagegen werde in

anderen Bereichen massiv gekürzt: um 40 Prozent bei der internationalen Zusammenarbeit, um 35 Prozent bei den Zuschüssen für Projekte im Ausland und um 32 Prozent bei den Investitionsausgaben im Ausland. Zur Kürzung schlug die Sprecherin die Mittel für die Filmstiftung, für das kulturwissenschaftliche Institut und das Wissenschaftszentrum NRW vor. Das Geld sei besser an die Universitäten zu geben, wo es dringend gebraucht werde.

Reinhard Grätz (SPD) hielt der CDU vor, sie springe beim Thema internationale Zusammenarbeit auf einen fahrenden Zug, nachdem sie anfangs nur kritisiert habe. Es gebe kein weiteres Land, so der Sprecher, das diese besonderen Aufgaben in Osteuropa und im Vorderen Orient in diesem Ausmaß freiwillig wahrgenommen habe, und dessen Maßnahmen so viel Anerkennung gefunden hätten. Die Filmstiftung – „mediopolitische Erfolgsstory“ – werde man nicht dem von der CDU verlangten Gießkannenprinzip opfern, ebenso gebe es für das Wissenschaftszentrum keine Kürzungen. Die Hochschulen seien trotz ihrer Leistungskraft nicht in der Lage, dessen Aufgaben zusätzlich wahrzunehmen. Die von der Union geforderte Kürzung der Informationsarbeit für die Eine-Welt-Politik komme nicht in Betracht: Man bedürfe der Aufklärung, bevor der nächste Schritt, die praktische Arbeit, in den Entwicklungsländern getan werden könne.

Gisela Nacken, Sprecherin der GRÜNEN, betonte, trotz der Kürzungen, die man leider habe vornehmen müssen, könnten laufende Projekte der Eine-Welt-Politik fortgesetzt und sogar noch verstärkt werden. Was die in Gang kommende „Umzugskarawane“ der Landesregierung angehe – einer der zentralen Beratungspunkte in diesem Bereich –, so sei zu fragen, ob man sich einen kostenträchtigen Umzug von Ministerien in der derzeitigen Haushaltssituation überhaupt leisten könne. Die Antwort sei: „Fiskalisch stimmt die Rechnung“, das habe der Finanzminister „mit nackten Zahlen und in kühlen Berechnungen“ nachgewiesen. Sinnlos dagegen sei der Vorschlag der CDU, sich für die Förderung der Kindergartenlandschaft zu verschulden; denn in der erforderlichen Höhe wäre die verfassungsrechtliche Grenze überschritten worden, das wisse auch die CDU. Auch die GRÜNEN wären für mehr Investitionen in die Kinder- und Jugendpolitik, dem Anliegen habe man mit Aufstockungsanträgen Rechnung getragen – und die seien nicht durch mehr Schulden, sondern solide finanziert.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) rechnete vor, der Umzug in das Stadttor koste sieben, der Einzug des Bruns-Ministeriums in die alte Staatskanzlei erspare sechs Millionen Mark pro Jahr, bleibe ein Restposten von einer Million. Ziehe man noch den Auszug des Staatlichen Bauamts aus dem Mietobjekt am nördlichen Zubringer mit ein (Einsparung 3,5 Millionen), so spare man alles in allem rund drei Millionen pro Jahr – das habe man der Opposition x-mal vorgerechnet. Und überhaupt: wie verträgen sich eigentlich die 20 Milliarden für den Umzug von Bundestag und Bundesregierung nach Berlin mit der Haushaltslage des Bundes? Clement: „Dieses Land Nordrhein-Westfa-

len wird nicht in Sack und Asche gehen. Diese Landesregierung wird nicht in Sack und Asche gehen. Sie wird so gehen, wie es sich für dieses Land gehört.“

★

Einstimmig und ohne Debatte verabschiedete das Plenum anschließend den Einzelplan 01 – Landtag – in Form der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses (Drs. 12/3501). Dasselbe geschah später mit dem Etat des Landesrechnungshofs (LRH), Einzelplan 13.

Stellenpläne

Der Bereich Stellenpläne wird zwar als eigener Punkt in den Haushaltsberatungen erörtert, es findet aber keine Abstimmung statt. Diese wird jeweils bei den Einzelplänen mit vollzogen.

Peter Bensmann (CDU) zeichnete den Rahmen: Jede zweite Steuermark werde für die 343 406 Landesbediensteten im nächsten Jahr aufgewendet. Aber gerade beim Stellenabbau im öffentlichen Dienst und bei der Ausbildung von Jugendlichen gebe es zwischen Worten und Taten der Landesregierung Widersprüche. Es werde zum Beispiel nie geschehen, daß der Ministerpräsident seine Ankündigung, bis Ende der Legislaturperiode 20 000 Stellen abzubauen, wahr machen werde. So sei in der Beratungsvorlage die Summe aller ausgewiesenen kw-Vermerke mit knapp 14 000 beziffert worden, umgesetzt habe man davon im ersten Halbjahr 1998 ganze 110. Die CDU schlage darum vor, die Realisierung des Stellenwegfalls durch Anreize zu beschleunigen. Aber die SPD stimme ja nicht einmal Vorschlägen ihres Finanzministers zu, weil angeblich die Sache im Kabinett noch nicht beraten worden sei. Der Finanzminister sei es auch gewesen, der im strikten Gegensatz zu Clements Politik des Ausbildungskonsenses

NRW in der Landesverwaltung 369 Ausbildungsplätze gestrichen habe, in diesem Jahr sogar 516.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) kündigte die Fortsetzung der aufgabenkritischen Untersuchungen in den Ressorts der Landesregierung an: Umweltministerium, Bauministerium, Landesamt für Besoldung und Versorgung sowie Landesversicherungsamt seien als nächste an der Reihe. Darum akzeptiere sie den Vorwurf nicht, es werde nichts oder zu wenig getan, um die Fluktuation stärker auszunutzen und die ausgebrachten kw-Vermerke sozialverträglich – das betone sie besonders – umzusetzen. Daneben gehe es darum, die Stellenbesetzungssperre zu straffen. Aushilfskräfte würden künftig sehr viel sparsamer eingestellt. Langfristig werde die Ministerialzulaufe abgebaut. Es sei zudem wirkungsvoll vorgesorgt, in den kommenden Jahren flexibel auf die Ausbildungsstellensituation reagieren zu können.

Brigitte Herrmann (GRÜNE) erkannte Widersprüchliches bei der CDU. Einerseits wolle sie 30 Prozent des gesamten Personals sparen, auf der anderen Seite stelle sie Anträge auf Personalerhöhung. Wer erheblichen und schnelleren Abbau fordere, übersehe zum einen, daß sehr viele Beschäftigte in den Bereichen Polizei, Schule, Hochschule, Justizvollzug tätig seien und zum anderen, daß „die Absicherung der Beschäftigten das Tempo des Abbaus vorgibt“. Stellenabbau ergebe auch durch Tarifsteigerungen (drei Prozent mehr verlange einen Abbau von 10 000 Stellen) keinen finanziellen Spielraum, schränkte sie die Vorstellungen über erzielbare Effekte ein. Darum werde klar: „Ziel muß es sein, die Personalkosten in den Griff zu bekommen und nicht den Stellenabbau zu forcieren.“ Stellenreduzierungen in größerem Umfang stünden erst am Ende eines langen Prozesses.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) formulierte die Methode der CDU in Sachen Stellenabbau so: „Wenn einem die



Mit einem großen gastronomischen Angebot hat sich die italienische Region Apulien in der Landeshauptstadt Düsseldorf präsentiert. Der Landesminister für Tourismus der Region Apulien, Dr. Luciano Sardelli (r.) wollte es sich jedoch nicht nehmen lassen, auch dem Landtag einen Besuch abzustatten. Er wurde von Landtagspräsident Dr. Katrin Grüber (l.) empfangen.

Foto: Schälte

Argumente ausgehen, dann muß man Zahlen fälschen.“ Was die Ausbildungssituation angehe, so sei es Linie der Landesregierung, „daß die Ausbildungsplätze, die wir zur Verfügung stellen wollen, sich daran orientieren, was wir an Beschäftigung haben“.

Umwelt, Raumordnung

Zwei Änderungsanträge zum Ressort der Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) hatte die CDU vorgelegt: Der eine verlangte die Schließung nicht TASI- (Technische Anleitung Siedlungsabfall) konformer Billigdeponien im Lande, der andere regte ein einzelbetriebliches Agrarinvestitionsförderungsprogramm an. Beide Anträge wurden von der Koalition abgelehnt; der Gesamtetat 10 – Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft – wurde gegen das Votum der Union angenommen.

Werner Stump (CDU) bezeichnete den Haushalt 1999 des Umweltministeriums als ein „Dokument der Fehlsteuerung und des Versagens dieser Landesregierung“. Von moderner, zukunftsgerichteter Umweltpolitik sei darin nichts zu spüren, „von grüner Ideologie und roter Ohnmacht dagegen sehr viel“. Während die Koalition den Etat bei den Haushaltsberatungen nur abgenickt habe, seien von seiner Fraktion 16 zielgerichtete Änderungsanträge gestellt worden. Die CDU werde nicht ablassen, die besseren Initiativen zur rot-grünen Umweltpolitik zu entwickeln, versprach er und nannte Beispiele: Umweltpakt, Finanzierung des Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverbands, mechanisch-biologische Anlagen, Schließung von Billigdeponien, Abwasserabgabe und Hochwasserschutz, wo NRW versagt habe.

Gerda Kieninger (SPD) zeigte sich zuversichtlich, daß die Realität Versuche der CDU überholt, die Umweltpolitik des Landes herunter zu reden. In Sachen Garzeiler II habe die SPD Wort gehalten und Verlässlichkeit hergestellt. Der Antrag zur Deponieschließung gehe an den abfallpolitischen Notwendigkeiten vorbei und enthalte keinen Deckungsvorschlag. Im Hochwasserschutz sei in NRW viel geleistet worden, nun seien die Länder oberhalb von NRW an der Reihe. Die Abwasserabgabe werde effektiv eingesetzt; zwischen Mittelbewilligung und Bauschlußabrechnung lägen nun einmal längere Zeiträume.

Johannes Remmel (GRÜNE) sah im Beitrag der Opposition lediglich „tagespolitisches Kleinklein“; keinen Gegenentwurf, kein Angebot zum Wettbewerb um bessere Konzepte, keine Alternative und kein Gegenkonzept zur rot-grünen Umweltpolitik. Nehme man die Vorschläge und Ideen der Union zu den Haushaltsberatungen, so tendiere der „Koeffizient gegen Null, ist kaum feststellbar“. Gerade der Umweltbereich brauche aber dauerhaft eine inhaltlich-demokratische Auseinandersetzung über den besseren Weg. Das müsse die Koalition nun selber erledigen. Dabei sei der Dreh- und Angelpunkt der Gedanken der Nachhaltigkeit und das Bündnis für Innovation, Umwelt und Beschäftigung als

Beschreibung eines kooperativen Politikmodells. Umweltschutz werde so aktiv weiterentwickelt, „daß er dauerhaft und selbstverständlich integraler Bestandteil wirtschaftlichen Handelns wird“.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) beschrieb den Weg, den die Landesregierung seit 1995 in der Umweltpolitik eingeschlagen habe, als „Effizienzrevolution“. Höhn: „Wir wollen Vorsorge statt Nachsorge. Wir wollen eine neue Umweltpolitik gemeinsam mit der Wirtschaft, und wir wollen



Die Landwirtschaft im Land braucht Unterstützung: v. l. Eckhard Uhlenberg (CDU), Horst Steinkühler (SPD), Siegfried Martsch (GRÜNE) und Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE). Fotos: Schälte

dabei die enormen Potentiale wecken, die darin für die Wirtschaft enthalten sind, und damit zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen.“ Dagegen die CDU: „Viel Luft um nichts.“ Im Lande gehe um einen anderen Umweltpakt: Erst Umweltqualitätsziele definieren, dann in einem gemeinsamen gesellschaftlichen Prozeß nach Lösungen unter den Aspekten Ökologie, Ökonomie und Soziales suchen.

Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

Eckhard Uhlenberg (CDU) war der Meinung, der vorgelegte Landwirtschaftsetat werde angesichts von niedrigen Preisen im Veredelungsbereich, Unsicherheiten über die Agenda und die Milliardenbelastungen durch die neue Bundesregierung den Herausforderungen einer zukunftsgerichteten Landwirtschaftspolitik in keiner Weise gerecht. Keine Rede könne in dieser Situation von einer landespolitischen Unterstützung und von einer Politik für eine umweltfreundliche und leistungsfähige Landwirtschaft in Lande sein. Mit Blick auf die Haushaltslage werde immer gesagt, es sei für die von der CDU vorgeschlagenen Änderungen kein Geld da; immer genügend Geld sei aber da für Spielwiesen, etwa die Öffentlichkeitsarbeit der Landwirtschaftsministerin. Die Anträge seiner Fraktion bezögen sich auf die zentralen Fragen der Landesagrarpolitik und der Politik für den ländlichen Raum: Dorferneuerung, Dorfakademie, Zellstoffwerk, Kompensationskalkung der Wälder. Eine Bedrohung für Arbeitsplätze und schädlich für die Zucht sei der Beschluß, die Rückerstattung der Rennwertsteuer um drei Prozentpunkte zu reduzieren, stellte Uhlenberg

zum Schluß fest. Es sei an der Zeit, bei der einzelbetrieblichen Investitionsförderung eine neue Politik einzuleiten.

Horst Steinkühler (SPD) machte deutlich, die Lösung der Probleme könne, wenn es um eine flächendeckende und nachhaltige Landwirtschaft im Land gehe, von NRW allein nicht geleistet werden. Es gehe um Wege im Spannungsfeld zwischen den verschärften Handelsbedingungen einerseits und den Reformforderungen der Agenda 2000 andererseits. Im Rahmen

der Diskussion über die Agenda erwarte seine Fraktion eine Entlastung des Nettolzahlers Bundesrepublik; dieses Geld könne dann zur Strukturentwicklung, gerade im ländlichen Raum, eingesetzt werden. Die Förderung sei an der Schaffung zukunftsreicher Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen zu messen, erklärte Steinkühler und warb – „trotz der erkennbaren Kopflastigkeit des Haushalts 10“ – um Zustimmung für den Etat.

Siegfried Martsch (GRÜNE) warnte davor, daß das „leere Phrasengerede und das Orientieren am Weltmarkt“, wie das die CDU tue, die Landwirtschaft endgültig in den Abgrund drängen würden. Die Politik der Landesregierung dagegen, die Ökonomie und Ökologie miteinander in Einklang bringen und möglichst vielen Betrieben durch regionales Wirtschaften eine Zukunftsperspektive bieten wolle, werde die einzige Chance sein, „die unserer Landwirtschaft verbleibt“. Martsch verteidigte das Programm „Artgerechte Tierhaltung“ und die Vergabepaxis der Mittel. Wenn die in Brüssel beschlossene Agenda 2000 für die Landwirtschaft komme, dann helfe es nichts, den Kopf in den Sand zu stecken oder so lange mit ihm vor die Wand zu rennen, bis es wehtue. Die CDU habe in den 16 Jahren ihrer Regierung genug Zeit gehabt, das zu ändern, „aber Ihr habt Eure Macht nicht für, sondern gegen die Landwirtschaft eingesetzt“. Die CDU im Lande sei unter den Bauern isoliert.

Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) wertete die Ablehnung der Agenda 2000 durch den vorigen Bundeslandwirtschaftsminister als verfehlt. Dadurch habe man sich der Möglichkeit begeben, in die Diskussion einzugreifen. So sei man in die Sackgasse geföhrt worden. An Bonn gericht-

tet, erklärte sie: „Die Steuerreform darf nicht zu Lasten der Bauern gehen.“ In dieser Frage unterstütze sie voll den Bundeslandwirtschaftsminister Funke. Im nächsten Jahr steige der Gesamthaushalt um 1,5, der Landwirtschaftsetat jedoch um 3,5 Prozent – „das ist kein schlechtes Ergebnis“, fand sie. Die Mittel würden eingesetzt für artgerechte Tierhaltung, ökologischen Landbau und regionale Vermarktung, denn das seien die zukunftsfähigen Aspekte für die Landwirtschaft hierzulande. Im übrigen nehme man im Land den Verbraucherschutz ernst, das habe das Verhalten des Landes in Sachen Rinderseuche bewiesen. Was die Pferdewetten angehe, so habe das Umweltministerium im Finanzausschuß seine fachlichen Bedenken eingebracht; da müsse man für eine Lösung sorgen, weil die damit verbundenen Auswirkungen schlecht seien. Es helfe nicht lautes Geschrei, sondern das geduldige Gespräch im Hintergrund.

Situation im Strafvollzug

Die Überbelegung der Haftanstalten in NRW und Personalknappheit im Strafvollzug, bei Justiz und Polizei beschäftigte die Rednerinnen und Redner, bevor drei Änderungsanträge der CDU abgelehnt und der Einzelplan 03 gegen die Stimmen der Opposition angenommen wurde.

Inneres

Heinz Paus (CDU) hielt die Zusammenlegung der Ressorts Innen und Justiz für verfehlt. Sie treffe auf einhellige Ablehnung bei Justiz und auch bei der Polizei. Dauerproblem der inneren Sicherheit sei die Personalmissere der Polizei. NRW habe die schlechteste Polizeidichte und eine geringere Aufklärungsquote bei Verbrechen als Bayern. Kriminalität und Straßenverkehr hätten extrem zugenommen. Wenigstens die 1 000 Anwärter müßten eingestellt werden. Leistungsbereite würden abgestraft und Zurückhaltung mache Karriere.

Jürgen Jentsch (SPD) äußerte sich zufrieden, daß die Flüchtlingsberatung durch parlamentarischen Einsatz weiter aus Landesmitteln finanziert werde. Die NRW-Polizei sei professionell, hochmotiviert und eine der modernsten in Europa. Sozialdemokratische Politik sei auf dem richtigen Weg, auch in der Bekämpfung der Kriminalität. Kriminelle Energie suche sich immer neue Wege. Der Rechtsstaat dürfe keinen Schaden nehmen. Deshalb sollten Werte vermittelt werden. Die Polizei solle aber nicht der Büttel der Ordnungsbehörden werden. Sicherheit als Lebensgefühl bleibe das Ziel.

Roland Appel (GRÜNE) verstand das Jammern der Opposition nicht bei über 46 200 Polizisten im Dienst, die höchste Zahl, die NRW je hatte, und davon 70 Prozent im gehobenen Dienst. Die CDU-Anträge seien ungedeckt. Die Länder und die Kommunen seien seit vielen Jahren gezielt ausgeblutet worden. Die GRÜNEN würden sich dafür einsetzen, die Befruchtung der Gemeinden zu ändern. Rot-grün



Überbelegung der Haftanstalten und Personalknappheit der Justiz: v.l. Maria Theresia Opladen (CDU), Robert Krumbein (SPD), Christiane Bainski (GRÜNE) und Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD). Fotos: Schälte

werde die Flüchtlinge nicht zu Prügelknaben machen lassen. Opferbezogene Prävention und Anti-Rassismus-Training der Polizei begrüßte Appel als Beitrag zur Vertrauensbildung.

Innen- und Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) sah keinen Grund zur Unruhe wegen der Ressortzusammenlegung und hielt Statistiken und Ländervergleiche für untauglich. Mit Personalbedarfsberechnungen habe er gute und schlechte Erfahrungen gemacht. Für die Leistungsfähigkeit der Polizei werde alles Finanzierbare getan. Kritische Vorschläge würden geprüft und behutsame Modernisierung fortgesetzt. Zwischen Sicherheit, Ordnung und Freiheit seien Ausgleich herzustellen. Für berechenbare Ausländerpolitik unterstütze er die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts auf Bundesebene.

Justiz

Maria Theresia Opladen (CDU) sah den Strafvollzug in einer dramatischen Situation. Die Zuspitzung bei Belegung und Personal sei für Sachkundige seit Jahren offenkundig. Auch der neue Minister habe nur eine Notlösung präsentiert und erkenne die bevorstehende Katastrophe nicht. Pro Jahr gebe es tausend Gefangene mehr. Mit einigen hundert geplanten Haftplätzen laufe die Koalition der Entwicklung meilenweit hinterher. Neubauten von Haftanstalten seien nötig. Strafvollzug könne nicht auf Private übertragen werden. Mit angedachter Privatisierung verabschiede sich das Vorzeigeland NRW vom Behandlungsvollzug. Daß die GRÜNEN die Mißachtung des Parlaments und des Gerichts durch Vollzugsmaßnahmen bei der Zusammenlegung der Ressorts entgegen anderer Zusagen machten, sei ungeheuerlich.

Robert Krumbein (SPD) stellte 114 Millionen Mark für das Programm Justiz 2003 im Haushalt und die Ausnahme von der Besetzungssperre für Richter und Staatsanwälte heraus. Für eine neue Haftanstalt

habe die CDU keine Haushaltsmittel beantragt. Alternative Sanktionsformen zur Haftvermeidung könnten den Zuwachs stoppen. Für den Vollzug seien 150 und für Bewährungshelfer 75 neue Stellen vorgesehen. Private Sicherungskräfte solle es nur in Notsituationen und als Überbrückung bis zum Ausbildungsabschluß neuer Kräfte geben. Die Verwaltungs- und Justizreform werde in der SPD-Fraktion offen diskutiert und das Einmischen der Bediensteten erhofft.

Christiane Bainski (GRÜNE) bestätigte die kritische Position der GRÜNEN zur Zusammenlegung der Ressorts, hielt aber das Thema Justizhaushalt für angezeigt. Die Belastung der Justiz sei unverändert hoch. Zur Effizienzsteigerung liefen Modellversuche. Beim neuen Insolvenzrecht leiste die Justiz einen wesentlichen Beitrag. Die bedrückende Situation in den Haftanstalten führe zu problematischen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Mehr Haftkapazitäten seien nicht die einzige Lösung. Bis zu 30 Prozent aller Delikte könnten durch alternative Sanktionsformen gelöst werden. Daß die Straffälligenhilfe weiter wie bisher gefördert werden könne, sei erfreulich. Drei Optionen könnten Privatisierung beim Vollzug verhindern. Die Motivation der qualifizierten Bediensteten müsse erhalten bleiben.

Innen- und Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) sagte, die Modernisierung der Justiz gehe mit Macht voran, auch wegen der Bonner Koalition. Über das Engagement von Gerichten, Staatsanwaltschaften und im Strafvollzug beim Programm „Justiz 2003“ sei er sehr froh und dankbar. Die bedrohliche Entwicklung beim Strafvollzug sei bundes- und europaweit. Mit dem Haushalt 1999 gebe es 1 100 mehr Plätze. Private Sicherheitskräfte halte er für eine Notmaßnahme, die bald abgebaut werden müsse. Zur Ressortzusammenlegung zitierte Behrens den ehemaligen Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts, unverantwortliches Gerede könne das Vertrauen in die Justiz gefährden, und riet der CDU, ihre Klage zurückzuziehen.

Finanzbeziehung zwischen Land und Gemeinden

Das Gemeindefinanzierungsgesetz 1999 mit einem erhöhten Volumen von 14,5 Milliarden Mark nahm die Landtagsmehrheit aus SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an.

Albert Leifert (CDU) sah kaum Verbesserungen auf der Einnahmeseite durch Rot-grün in Bonn, eher das Gegenteil. Trotz strikten Sparkurses seit Jahren fehlten 3,34 Milliarden Mark. Kommunale Selbstverwaltung werde zur Farce, wenn sich die Kommunen unter der Knute von Haushaltssicherungskonzepten selbst aus dem Sumpf ziehen müßten. Städte und Gemeinden erwarteten handfeste Taten zum Ausgleich neuer Lücken durch Bundesgesetze wie bei 620-Mark-Jobs und höherem Kindergeld. NRW solle im Bundesrat ablehnen. Nicht nur bei Flüchtlingskosten, sondern auch bei Unterhaltsvorschub und Rettungsdienst kürze das Land den kommunalen Anteil an Landeseinnahmen. 4,3 Millionen für Flüchtlingsbetreuung als Leistung von SPD und GRÜNEN herauszustreichen, sei Hohn angesichts von 325 Millionen Mark weniger Landesgeld. Die schlechten Landesfinan-

alitionen noch 2,5 Millionen Mark mehr für die Kommunen.

Ewald Groth (GRÜNE) hielt 7,8 Milliarden Mark an Zuweisungen und die Steigerung bei den Schlüsselzuweisungen um drei Prozent für eine Leistung, ebenso 52 Prozent mehr für allgemeine Investitionspauschalen, davon 44,2 Prozent mehr für Abwasser. Die Kommunen könnten mehr investieren, vor allem bei Erhaltungsmaßnahmen. Daß Bundestag und Bundesrat den Länderfinanzausgleich völlig ohne kommunale Beteiligung beraten wollten, bereite ihm Sorgen. Das könne nur negativ ausgehen. Die Umlageverbände müßten im konsumtiven Bereich wie das Land Ausgaben senken.

Minister Dr. Fritz Behrens (SPD) hielt den GFG-Entwurf für verantwortlich und ein nachdrückliches Verteidigen der Interessen bei der Finanzverteilung auf Bundesebene für wichtig. Das Land sei nur im Rahmen seiner eigenen Leistungsfähigkeit zur Finanzausstattung der Kommunen verpflichtet. Alternativen habe die Opposition nicht aufgezeigt, um sinnvoll und überzeugend zu Mehrausgaben für die Gemeinden zu kommen.

Franz-Josef Britz (CDU) zitierte einen Beschluß des Landtags aus 1997, wonach



Für die Finanzpolitik ist Sparen weiter angesagt: v. l. Helmut Diegel (CDU), Erwin Siekmann (SPD), Rüdiger Sagel (GRÜNE) und Finanzminister Heinz Schleußer (SPD).
Fotos: Schälte

zen seien Folge mangelnden Sparwillens und miserabler Politik. Bitter seien Hunderte von Millionen in den Sand gesetzter Subventionen an HDO, Gran Dorado, Ökozentrum Hamm.

Jürgen Thulke (SPD) wies auf den Verbundbetrag von 13,7 Milliarden Mark hin, 7,1 Prozent mehr als 1998. Pauschale Förderung investiver Maßnahmen werde um 59 Prozent gesteigert. Die Befrachtung mit 325 Millionen für Flüchtlingskosten sei ein harter Brocken, aber nicht abwendbar gewesen. Gegenüber 1998 stehe keine Kommune schlechter da. Allgemeine und Zweckzuweisungen stiegen um 4,59, Schlüsselzuweisungen um drei Prozent. Zur Unterstützung von Modernisierungsansätzen würden noch 2,2 Millionen Mark umgeschichtet und für integrative Beschulung behinderter Kinder beantrage die Ko-

der Landtag zukünftig neue Aufgaben für die Kommunen nur bei vollem Ausgleich der finanziellen Mehrbelastungen beschließen werde. Das müsse auch in der Landesverfassung verankert und auf Bundesebene umgesetzt werden. Über finanzielle Nöte zu reden und hinterher nicht zu der Selbstverpflichtung zu stehen, habe die CDU nicht von den Regierungsfractionen erwartet.

Noch mehr Sparen angesagt

Die Einzelpläne des Finanzministers und der Allgemeinen Finanzverwaltung nahm der Landtag in 2. Lesung an, ebenso das Haushalts- und das Haushaltssicherungsgesetz mit teilweise umstrittenen Einsparungen.

Allgemeine Finanzverwaltung

Helmut Diegel (CDU) kritisierte den Beratungsdruck durch die Ergänzungsvorlage als unnötig und sprach die Hoffnung aus, daß dies die letzten Haushaltsberatungen unter solchem Druck seien mögen. Allen beteiligten Beamten sei besonders zu danken. Die Einnahmeseite des Haushalts werde durch das „Chaos hoch zwei“ von der neuen Bonner Regierung in der Substanz gefährdet. Die erste Ohrfeige sei vom Sachverständigenrat gekommen, der eine Angebotspolitik sowie die zu kurz ge-griffene und allein von Deutschland versuchte ökologische Steuerreform kritisiert habe. NRW verliere bis zu 300 Millionen Mark Einnahmen und sitze bei Klagen gegen den Länderfinanzausgleich stumm herum. Es gebe einen Investitionsstau von 6 bis 8 Milliarden Mark, davon müßten ab 1999 800 Millionen in den Haushalt eingestellt werden.

Erwin Siekmann (SPD) antwortete, bei einer späteren Verabschiedung des Haushalts hätten Mittel auch erst später fließen können. Beim Volumen der Finanzverwaltung von 3,2 Milliarden Mark gehe es zu 86 Prozent um Personalkosten samt Datenverarbeitung. Die SPD begrüße die Vereinbarung über weitere Einstellungen. Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit seien die wichtigsten Aufgaben des Landes. Der Abbau der Schulden bleibe Ziel. Auf die Einnahmen habe das Land kaum Einfluß. Steuerausfälle könne es nicht verkraften. Vermögensveräußerungen seien kein Allheilmittel. Die Personalkosten müßten auf unter 40 Prozent gedrückt werden. Die CDU-Anträge mit zusätzlichen Ausgaben von 1,3 Milliarden Mark seien ohne Deckung, finanzpolitisch unzulässig und nicht seriös.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) warf der CDU vor, die Zeichen der Zeit nicht erkannt zu haben. Das Land müsse handlungsfähig bleiben. 800 Millionen mehr globale Minderausgaben seien völlig überzogen, Mehrausgaben von 1,3 Milliarden und 1373 mehr Stellen substanzloser Populismus. Die GRÜNEN schlugen Einsparungen bei den sächlichen Verwaltungsausgaben vor, das sei realisierbar. Das Haushaltssicherungsgesetz zeige die Situation. Bei den Schülerfahrtkosten hätte es auch andere Möglichkeiten gegeben. Weitere 7,4 Milliarden Mark Nettoneuverschuldung und ein gigantischer Schuldenberg von 147 Milliarden Mark, fast 50 mehr als das Haushaltsvolumen, könne man den nachfolgenden Generationen nicht erklären. Kritik gelte der ideenlosen Apathie der CDU, aber auch fehlendem Mut der SPD.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) hielt auch den Minderausgaben-Vorschlag der GRÜNEN für unsolid und zeigte sich erfreut über die Zusage künftiger solider Haushaltsberatungen. Nicht gelöst seien die Aufstockung des Kindergeldes und die Alllasten, die die neue Bundesregierung zu übernehmen habe. Die mittelständische Wirtschaft müsse entlastet werden. Von den Kürzungen und Änderungen im Kindergartenbereich profitierten überwiegend die Träger. Sparen, um das System wieder auf die Füße zu stellen, sei angesagt.

Krankenhausgesetz ...

(Fortsetzung von Seite 3)

Investitionen in die Krankenhäuser am Ende der Vergleichstabelle, wo die neuen Bundesländer wie Thüringen (168) und Sachsen mit 127 Mark weit vorne lägen. Seit 20 Jahren laufe in NRW der Prozeß der schleichenden Enteignung der konfessionellen Krankenhausträger, fuhr Arentz fort, sie hätten keine Möglichkeit, ihren Abschreibungsbedarf in die Pflegesätze hinein zu rechnen — das führe zu einem Prozeß der schleichenden Auszehrung. Die Träger benötigten eine zukunftsorientierte und gesicherte Finanzierung; zudem sollte das geltende Planungsrecht beibehalten werden, vor allem auch deswegen, weil auf Bundesebene ein monistisches Finanzierungskonzept vorbereitet werde. Darum beantrage seine Fraktion, das Planungskapitel im Gesetz heute nicht zu beschließen. Sonst komme ein Gesetz, daß allen Menschen im Krankenhaus ihre schon schwere Arbeit noch schwerer mache.

Daniel Kreutz (GRÜNE) fand diese Stellungnahme des Oppositionssprechers nicht seriös. Die grüne Landtagsfraktion freue sich, die Novelle des Krankenhausgesetzes in der vom Ausschuß geänderten Fassung zur Annahme empfehlen zu können. Ausdrücklich danke er der SPD-Fraktion, die in den fachlichen Gesprächen dazu beigetragen habe, zu diesem Stand der Dinge vorzudringen. Zum Punkt der Veränderung der Verfahren zur staatlich verantworteten Krankenhausplanung führte Kreutz aus, daß angesichts der Befürchtung eines Abbaus wohnortnaher Krankenhausversorgung und Arbeitsplatzverlusten im Krankenhauswesen der Handlungsbedarf erkannt und in Änderungsanträgen „nach unserem Dafürhalten zur Zufriedenheit“ umgesetzt worden sei. Seine Fraktion hätte nichts dagegen gehabt, wenn das bestehende Planungsrecht fortgegolten hätte, aber diese Option habe sich nicht umsetzen lassen. Er, Kreutz, sei sich sicher, daß nunmehr ein Kompromiß gelungen sei, „der das Notwendige zur Sicherung einer leistungsfähigen wohnortnahen stationären Krankenversorgung leistet, soweit dabei die politische Planungshoheit des Landes beitragen kann“. Mit ihrer Ablehnung gebe die CDU zu erkennen, daß sie dafür sei, wenn die reformierte Pauschalförderung für die Krankenhäuser rückwirkend für dieses Jahr — wie beabsichtigt — nicht mehr umgesetzt werden könnte. Die Union sei also bereit, so sein Schluß, mit ihrer „gespenstischen Oppositionspolitik“ den Häusern materielle Risiken aufzuerlegen.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) hielt der CDU und ihrem Sprecher einen alten und inzwischen überholten Diskussionsstand vor, was die Vorbehalte gegen das veränderte jetzige Planungsverfahren angehe. Das von der Opposition geforderte Warten auf den Bund sei auch nicht erforderlich, denn „was zur Zeit auf Bundesebene diskutiert wird, hat mit unserem Planungsverfahren nichts und überhaupt nichts zu tun“. Es enthebe das Land nicht der Notwendigkeit eines eigenen Planungsverfahrens, die CDU suggeriere Veränderungsbedarf, der nicht vorhanden sei. Ziele des neuen Gesetzes seien für die Landesregierung die verstärkte Zusammenarbeit der Krankenhäuser untereinander und mit



Strikte Ablehnung von der Opposition, gemeinsame Zustimmung beider Koalitionsfraktionen zu dem in den Ausschußberatungen erarbeiteten Text der Novelle des Krankenhausgesetzes des Landes (v.l.): Vera Dedanwala (SPD), Hermann-Josef Arentz (CDU), Daniel Kreutz (GRÜNE) und Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD).
Fotos: Schälte

den sonstigen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens, eine zeitgerechte Umgestaltung des Planungsverfahrens und eine neue Grundlage für die pauschale Förderung. Sie dankte den Fachleuten im Krankenhausbereich und bei den Krankenkassenverbänden, den Mitarbeitervertretungen und den Parlamentariern für die Impulse für die Neufassung des Krankenhausgesetzes des Landes — die seien im Interesse eines ausgewogenen Gesetzes in die Formulierungen eingeflossen.

Rudolf Henke (CDU) schloß aus den zurückliegenden Haushaltsberatungen, „daß der Marsch der Krankenhausförderung auf der Kellertreppe in Nordrhein-Westfalen weiter fortgesetzt wird“. So sei der erneute Antrag seiner Fraktion, die Fördermittel für die Krankenhäuser um 200 Millionen zu erhöhen, „niedergestimmt“ worden. Darum müsse ein genereller Rechtsanspruch auf Förderung im Gesetz niedergelegt werden. Das neue Planungsverfahren sei uneinheitlich, berge viele Unklarheiten und sei so diffus, daß es sich in der Pra-

xis nicht bewähren werde. Henke erneuerte die Forderung, die Ärztekammern im Krankenhausausschuß zu berücksichtigen.

Horst Radke (SPD) wies die Kritik zurück: „Wir haben breit im Lande Zustimmung zu diesem Entwurf gefunden, und wir werden ihn heute auch entsprechend verabschieden.“ Als Beispiel für die Intention des neuen Gesetzes nannte er die verabredete Zusammenarbeit zwischen zwei konfessionellen Krankenhäusern in Essen, die mit einem Austausch von Personal und Abteilungen einhergehe. Wenn die Krankenhauspolitik im Lande gelitten habe, dann unter der „Wackelpolitik der alten Bundesregierung“, schloß er.



Eine Gruppe von 22 hochrangigen Vertretern der chinesischen Provinz Shaanxi, unter anderem ein Abteilungsleiter des Volkskongresses von Shaanxi, hat den Landtag besucht und ist von Landtagsdirektor Professor Heinrich A. Große-Sender (2. v. l. vorne) empfangen worden. Die Frauen und Männer hatten sich vom 30. November bis 15. Dezember in Deutschland aufgehalten, um Erfahrungen über wissenschaftliche und datenverarbeitende Einrichtungen zu sammeln und auszutauschen. So besuchte die Gruppe in Nordrhein-Westfalen das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik sowie das Hauptstaatsarchiv. Im Landesparlament stand das Landtagsarchiv auf dem Programm, durch das dessen Chef, Dr. Wolfgang Gärtner (l.), die Gäste führte, die auf ihrer Reise insgesamt vom Chinesisch Deutschen Verein betreut wurden.
Foto: Schälte

Schlußworte im Haushaltsausschuß

In seiner letzten Sitzung vor der Weihnachtspause verabschiedete der Haushalts- und Finanzausschuß (HFA) am 14. Dezember die nach allen Beratungen geänderten Entwürfe zum Gemeindefinanzierungsgesetz, zum Haushaltsplan 1999 und zum Haushaltssicherungsgesetz zur 3. Lesung im Plenum (Berichte im vorderen Teil dieser Ausgabe). Der HFA nahm ferner Änderungen zum Landesbesoldungsgesetz mit den Stimmen der SPD/GRÜNE-Mehrheit an, ebenso das geänderte Gesetz zur Parkraumbewirtschaftung. Fragen der CDU zum Umzug der Staatskanzlei in das Düsseldorfer Stadttor wurden im Rahmen der Beratung des Einzelplans 02 (Ministerpräsident und Staatskanzlei) in vertraulicher Sitzung beantwortet. Nach Erledigung der Tagesordnung würdigte die stellvertretende Ausschußvorsitzende Gisela Meyer-Schiffer (SPD) die Arbeit von Leo Dautzenberg (CDU), der mit der Leitung dieser letzten Sitzung seine achtjährige Tätigkeit als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses beendete, um künftig sein neues Mandat als Bundestagsabgeordneter voll wahrzunehmen.

Nach der Zahl der Änderungsanträge sowohl in den Fachausschüssen als auch im Haushaltsausschuß nahmen die Abgeordneten des NRW-Landtags ihre Aufgabe als Haushaltsgesetzgeber ernst. Obwohl viele gutgemeinte Anliegen am geringen Finanzspielraum oder an der Abstimmungsmehrheit scheiterten, haben die Beratungen am Haushalt 1999 doch Spuren hinterlassen. Nach Angaben aus dem Finanzministerium wurden Ausgaben in Höhe von knapp 92 Millionen Mark, ein Zehntel des gesamten Volumens, „umgeschichtet“. Durch Änderungen an 79 Positionen beschlossen die Abgeordneten eine andere oder auch zielgenauere Mittelverwendung gegen Dekkung aus anderen Haushaltstiteln. An 15 Verpflichtungsermächtigungen mit einem Volumen von 120,4 Millionen Mark wurden Veränderungen vorgenommen. Die globalen Minderausgaben wurden um 870 000 auf knapp 45 Millionen Mark erhöht, die in der Hauptgruppe 5 bei allen Einzelplänen erwirtschaftet werden müssen.

Zur letzten Ausschußsitzung am 14. Dezember legte die CDU einen Änderungsantrag zum Landesbesoldungsgesetz vor, den Helmut Diegel begründete: Die Absenkung der Eingangsbesoldung der Direktoren der Landwirtschaftskammern sei vordergründig politisch motiviert und sachlich bisher nicht begründet. Als Finanzminister Heinz Schleußer ihm entgegenhielt, der Un-

terausschuß Personal habe der Absenkung einstimmig zugestimmt, mußte dessen Vorsitzender Peter Bensmann (CDU) ein Versehen einräumen, ergänzte aber, Stellenabbau als Grund treffe für die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe nicht zu. Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) meinte grundsätzlich, Besitzstände im öffentlichen Dienst wahren zu wollen, gehe zu Lasten derer, die „draußen in die Röhre gucken“. Durch das Haushaltssicherungsgesetz, dem die Ausschußmehrheit zustimmte, werden weitere Sparmaßnahmen wirksam, darunter auch die schrittweise Absenkung der Ministerialzulagen bis zum Jahr 2002 auf rund ein Viertel der heutigen Höhe ab dem „Tag der Verkündung“ des Gesetzes.

Den weniger aufwendigen Abrechnungsmodalitäten bei Reisekosten stimmte die Mehrheit zu. Die von der Landesregierung vorgeschlagene Einführung von Parkraumbewirtschaftung in Landesbehörden fand jedoch keine ausreichende Unterstützung bei den Abgeordneten. Statt dessen „kann“ künftig für Stellplätze der Landesbehörden ein „angemessenes Entgelt“ verlangt werden, das jedoch durch ein Jobticket ersetzt werden kann.

Zur Restkaufsumme aus dem Verkauf des Landesanteils am Flughafen Düsseldorf äußerte sich Minister Schleußer überzeugt, daß das Land die vereinbarten fünf Raten à 20 Millionen Mark einnehmen werde. Zuvor

hatte ein Vertreter des Verkehrsministeriums erklärt, es komme auf zugelassene, nicht auf tatsächliche Flugbewegungen an. Einer Bitte des Haushaltsausschusses folgend, informierte das Finanzministerium die Abgeordneten über die Ermittlung der Verfassungsgrenze für die Neuverschuldung, die höchstens soviel wie die eigenfinanzierten Investitionsausgaben sein darf (Vorlage 12/2496). Danach sind Bundes- und EU-Mittel für investive Maßnahmen von der Gesamtinvestitionssumme abzuziehen, was im Haushaltsplan 1999 laut Vorlage 1,7 Milliarden Mark Bundes- und 334 Millionen Mark EU-Zuweisungen ausmacht.

Am Schluß der Sitzung dankte die stellvertretende Vorsitzende Gisela Meyer-Schiffer (SPD) im Namen des Ausschusses dem Vorsitzenden für die konstruktive finanzpolitische Arbeit an 19 Landeshaushaltsplänen. Als persönliche Zwischenbilanz seiner politischen Arbeit, auch vor dem Hintergrund der für seine Partei verlustreichen Bundestagswahl, sah Dautzenberg eine gewisse Verfestigung durch „gouvernementalen Parlamentarismus“ an, der in der Union und der F.D.P. zu starke Blüten getrieben habe. Es sei im Parlament zuviel Regierungshandeln mitgetragen worden, was man aus Kenntnissen vor Ort hätte ablehnen müssen. Diesem eigenen Stellenwert sollten Parlamentarier mehr zum Durchbruch verhelfen.

Straßenbau 1999

Der Verkehrsausschuß nahm in der von Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Sitzung am 17. Dezember das geänderte Landesstraßen-Bauprogramm 1999 (Vorlage 12/2419) zustimmend zur Kenntnis.

Staatssekretär Joachim Westermann (Verkehrsministerium) erläuterte 15 neue Maßnahmen (fünf Ortsumgehungen, die Beseitigung von drei Bahnübergängen, vier Ausbau- und drei ganz neue baureife Maßnahmen: zwei Bahnübergänge in Velbert und eine Gewerbestraße in Hennef-Dondorf). Gegen die Bedenken der CDU stimmte der Ausschuß zu, die geplante Ortsumgehung Wadersloh aus dem Programm herauszunehmen, weil über Klagen noch nicht entschieden und die Maßnahme im Petitionsausschuß anhängig sei.

Zitat

„Ich bin jederzeit bereit, dies den Mitgliedern des nordrhein-westfälischen Landtags zu sagen. Allerdings erlaubt mir meine Position nicht, dies im nordrhein-westfälischen Landtag selbst zu tun.“

(Dr. Barbara Hendricks, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages über höhere Energiesteuern, nachdem zuvor der F.D.P.-Finanzexperte die rot-grüne Bundesregierung wegen der von NRW-Ministerpräsident Clement ins Gespräch gebrachten Mehrwertsteuererhöhung angegriffen hatte. Dr. Hendricks: „Wir kommen ohne Mehrwertsteuererhöhung aus.“)



Zur Inbetriebnahme eines neuen Boeing 737-800-Flugsimulators waren neben zahlreichen anderen Gästen auch die Mitglieder des Verkehrsausschusses in die zweitgrößte deutsche Flugschule RWL am Flughafen Mönchengladbach eingeladen. In dem 15 Tonnen schweren Simulator üben künftige Piloten dank der Software „realistische“ Starts und Landungen bei allen Bedingungen. Der um drei Achsen bewegliche, 20 Millionen Mark teure Simulator sei eine Investition, die sich für das Land lohne, sagte RWL-Geschäftsführer Werner Küper. Zum Dank für den 50prozentigen Landeszuschuß wurde Verkehrsminister Peer Steinbrück eine Übungsstunde erteilt. Von außen wurden zeitweise heftige Flugbewegungen beobachtet. Der Verkehrsausschuß vor dem Simulatoreingang auf der Brücke, v.l. Günter Langen, Helmut Harbich, Marie-Luise Fasse (alle CDU), Gerhard Wirth (SPD), Heinz-Helmich van Schewick (CDU), Marianne Dohmen (SPD), Gisela Nacken (GRÜNE), Manfred Hemmer (SPD, Ausschußvorsitzender), Heinz Wirtz, Heinz Hunger, Hermann Jansen (alle SPD), Reinhard Blümel (Referent der SPD-Fraktion), Dr. Hildegard Müller (Stenografin), Harald Holler (Assistent), Günter Weber (SPD). Foto: PPH

Frühe Frauenpower: Vor 30 Jahren starb die erste Kultusministerin des Landes

Adenauer suchte Christine Teuschs Amtsantritt zu verhindern

Eigentlich sollten die wenigen Frauen, die in der Bundesrepublik eine führende Position in Staat und Gesellschaft einnehmen oder innehatten, uns allen bekannt sein. Der Name Christine Teusch mag den Älteren noch geläufig sein, vielen Jüngeren sagt er möglicherweise nichts mehr. Die Gründe an sie zu erinnern sind vielfältig. Nicht allein ihre Tätigkeit als erste Kultusministerin in NRW, ihr Eintreten für die Gleichwertigkeit der Geschlechter und ihre Mitarbeit am Aufbau der Studienstiftung des Deutschen Volkes sollen hier erwähnt werden.

Christine Teusch stammte aus einer angesehenen katholischen Kaufmannsfamilie. Sie wurde am 11. Oktober 1888 mit ihrer Zwillingsschwester in Köln-Ehrenfeld geboren. Nachdem sie 1910 das höhere Lehrerinnen-Examen abgelegt hatte, nahm sie den Schuldienst auf. Im August 1917 ließ sie sich beurlauben, um die Frauenarbeitsnebenstelle in Essen zu übernehmen. Die sozialpädagogische Aufgabe der Betreuung von 50 000 Arbeiterinnen in der Rüstungsindustrie führte ihr die sozialen und materiellen Probleme der Frauen vor Augen. Sie erkannte die Notwendigkeit einer Frauenförderung durch bessere Ausbildung, um sowohl deren wirtschaftliche Situation als auch die sozialen Gegebenheiten zu verbessern.

Am 1. April 1918 wurde sie Verbandssekretärin der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften. Ihre Aufgabe war es, ein Frauendezernat aufzubauen und zu leiten. Sie betreute Arbeiterinnen, organisierte Tagungen und gab eine Zeitschrift heraus. Bei dieser Tätigkeit entwickelten sich Kontakte mit Politikern der Zentrumsparlei. Die Partei nominierte sie für die Wahl zur deutschen Nationalversammlung, deren jüngstes Mitglied sie am 19. Januar 1919 mit 31 Jahren wurde. Gleich in ihrer ersten Rede betonte sie die Gleichwertigkeit der Geschlechter.

Talent für Politik

Christine Teusch wurde 1920 in den Reichstag gewählt und war ab 1925 als Schriftführerin Mitglied des Reichstagspräsidiums. In dieser Zeit entdeckte sie wohl ihre Leidenschaft und ihr Talent für Politik, denn sie opferte der Parlamentsarbeit die Tätigkeit bei den Gewerkschaften. Auch Angebote des damaligen Kölner Oberbürgermeisters Konrad Adenauer, als Rektorin wieder in den Schuldienst einzutreten, nahm sie nicht an. Sie widmete sich statt dessen vollständig der Sozialpolitik, in die sie sich rasch einarbeitete. Sie setzte sich für sozial Benachteiligte, besonders Frauen ein. Ihre Arbeit galt einer Verbesserung des Mutterschutzes und der Berufsausbildung.

Nach der Machtergreifung Hitlers war ihr politische Arbeit unmöglich geworden. Sie nahm ihren Beruf als Lehrerin wieder auf, mußte sich jedoch aus gesundheitlichen Gründen 1936 in den vorzeitigen Ruhestand versetzen lassen. Da sie aus ihrer Gesinnung kein Hehl machte, erlebte sie

wiederholt Haussuchungen der Gestapo und blieb unter deren Beobachtung. Nach dem Hitler-Attentat wurde sie, wie alle früheren Zentrumspolitiker, bis April 1945 in Schutzhaft genommen. Sie entging drei Tage vor Ankunft der Amerikaner nur knapp ihrer Ermordung.

Nach Kriegsende widmete sie sich erneut der politischen Arbeit, allerdings nun in der neu gegründeten CDU. Sie wurde 1945 von der britischen Militärregierung in den ersten Stadtrat von Köln und in den bera-



Christine Teusch

tenden Provinzialrat für Nordrhein berufen. Im Jahr darauf war sie im Vorstand der CDU der britischen Zone zu finden. Sie wurde zur Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur- und Frauenfragen gewählt. Als die britische Militärregierung den ersten Landtag des neuen Landes Nordrhein-Westfalen ernannte, gehörte auch Christine Teusch zu den Mitgliedern. Sie war über die zwei Ernennungsperioden und fünf Wahlperioden Mitglied des Landtages. In den ersten vier Wahlperioden wurde sie direkt gewählt, in der fünften Wahlperiode gelangte sie über die Landesliste ins Parlament.

Schulneubau gefördert

In der ersten Wahlperiode holte sie Karl Arnold als Kultusministerin in sein Kabinett. Konrad Adenauer, zu der Zeit Fraktionsvorsitzender, versuchte mit allen Mitteln ihren Amtsantritt zu verhindern. Er forderte ein amtsärztliches Zeugnis über ihren Gesundheitszustand ein, sprach sich gegenüber Dritten gegen sie aus und versuchte schließlich in einem Gespräch in Frau Teuschs Ehrenfelder Wohnung, dieser das Amt auszureden. Seine Überzeugung war neben anderen Gründen, daß „es nicht wünschenswert sei, daß eine

Frau das Kultusministerium Nordrhein-Westfalen führe“, so Adenauer in einem Brief vom 10. 12. 1947 an Frau Teusch. Doch es sollte sich zeigen, daß weder ihr Gesundheitszustand noch ihr Geschlecht die Frau Minister daran hindern sollten, ihr Amt zu erfüllen.

Ihr Wirken kann hier nur skizzenhaft umrissen werden. Besondere Würdigung muß ihr Grundanliegen, die Schaffung eines neuen Schulverfassungsrechtes auf der Grundlage des Elternrechtes und der Gewissensfreiheit, finden. Zu ihrer sozial geprägten Schulpolitik gehörten auch die Konzeption des zweiten Bildungsweges, die Entwicklung des Abendgymnasiums, die allmähliche Senkung der Klassenstärken in Volks- und Sonderschulen und nicht zuletzt der stark geförderte Schulneubau. Ihre erfolgreiche Hochschulpolitik dankten ihr die Universitäten mit Ehrendoktorwürde und Berufungen zum Ehrensenator. Unter ihrer Mitwirkung entstanden die Studienstiftung des Deutschen Volkes und die Deutsche Forschungsgesellschaft. Die Frauen- und Mädchenbildung gehörte — wahrscheinlich nach den Erfahrungen aus den Jahren 1917/18 — zu ihren persönlichen Schwerpunkten. Die Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Sprachen in der fünften Klasse der Gymnasien, die erst die Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Schultypen ermöglicht, verdanken wir ebenso ihrer Initiative.

Höchste Auszeichnung

Nach 1952 mochte ihre Amtsführung zögerlich gewirkt haben. Die zunehmenden Erfolge des Bundeskanzlers schienen ebenfalls ihre machtpolitischen Möglichkeiten einzuschränken. Eventuell wurde sie deshalb nicht mehr in das dritte Kabinett Arnold berufen. Sie blieb aber bis zum 23. Juli 1966 Abgeordnete, ist von 1954 bis zu ihrem Ausscheiden ordentliches Mitglied des Kulturausschusses und von 1958 an stellvertretendes Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses. Im Jahre 1966 kämpfte sie, mittlerweile 74jährig, um einen Platz auf der Landesreserveliste der CDU, wurde aber von ihrer Partei nicht mehr aufgestellt.

An ihrem 68. Geburtstag erhielt Christine Teusch die höchste Auszeichnung der Bundesrepublik, das Große Verdienstkreuz mit Schulterband und Stern, vom Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Fritz Steinhoff, überreicht. Sie konnte in diesem Jahr auf 25 Jahre parlamentarische Tätigkeit zurückblicken, und mit dieser Auszeichnung wurden ihre Verdienste um den Wiederaufbau des durch den Krieg schwer geschädigten Schulwesens in Nordrhein-Westfalen gewürdigt.

Dr. Dr. h. c. Christine Teusch starb am 24. Oktober 1968. Der Nachruf des Kultusministeriums würdigte ihre hohe Sachkenntnis, ihre gütige Selbstlosigkeit.

Zeitgenossen beschrieben sie als Person mit Energie, Eifer und Verstand, als eine Frau, die „ihren Mann stand“, gemütvoll, schlagfertig und von heiterer rheinischer Lebensart.

Martina Klug

Rückblick 1998

Schaffung von Arbeitsplätzen oberstes Ziel

Die Diskussion um den Braunkohlentagebau Garzweiler II zog sich auch in das neue Jahr 1998 hinein. Dabei waren die Positionen unverändert. Die SPD-Fraktionsspitze vertrat die Auffassung, daß Garzweiler II kommen müsse. Wenn nicht, stünden nach Auffassung der CDU-Opposition 50 000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Die GRÜNEN hingegen hielten das Großprojekt für überflüssig. Garzweiler II war nur ein Hinweis darauf, worum es der Politik in diesem Jahr wie schon in den Vorjahren am meisten ging: Um die Schaffung von Arbeitsplätzen. Mehr Lehrstellen und mehr Arbeit, dafür machte sich auch der neue Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) stark, der am 27. Mai als Nachfolger von Johannes Rau (SPD) vom Landtag mehrheitlich gewählt wurde. Aber auch Schulpolitik, Bildungswesen, Rundfunkpolitik und gesellschaftliche Negativerscheinungen wie die Kriminalitätsentwicklung bestimmten die parlamentarische Diskussion. Gleich zwei Untersuchungsgremien richtete der Landtag 1998 ein. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß I Forensik befaßt sich mit Defiziten im Maßregelvollzug, der Parlamentarische Untersuchungsausschuß II soll Mißstände in bezug auf das Technologiezentrum Oberhausen HDO aufdecken. Insgesamt absolvierte der Landtag bis zum Stichtag 1. Dezember ein umfassendes Arbeitspensum. Das Programm der parlamentarischen Initiativen im Jahr 1998 umfaßte die Beratung von 17 Gesetzentwürfen der Landesregierung, sechs der SPD-Fraktion, acht der CDU-Fraktion und fünf der GRÜNE-Fraktion. 14 Anträge und 23 Entschließungsanträge der SPD, 58 Anträge und 14 Entschließungsanträge der CDU sowie 14 Anträge und 24 Entschließungsanträge der GRÜNEN wurden behandelt, dazu zusammen 13 Änderungsanträge. 19 Aktuelle Stunden fanden statt. Die Großen Anfragen beliefen sich auf eine der SPD, vier der CDU und zwei der GRÜNEN. An Kleinen Anfragen wurden 19 der SPD, 161 der CDU und 58 der GRÜNEN registriert. Ferner stellte die SPD zwei, die CDU 34 und die GRÜNE-Fraktion zwei Mündliche Anfragen. 30 Plenarsitzungen wurden abgehalten.

15. Januar

Die steigende Umweltkriminalität war das Thema einer Anhörung des Ausschusses für Innere Verwaltung unter dem Vorsitz von Klaus Stallmann (CDU). Die Opposition hatte eine stärkere Vernetzung der bei der Umweltaufsicht und der Strafverfolgung beteiligten Behörden verlangt. Beim Landeskriminalamt sollte eine besondere Organisationseinheit für den Bereich Umweltdelikte und illegale Abfallbeseitigung geschaffen werden. Das Land Hessen hatte dafür ein Beispiel gegeben.

20. Januar

Erstmals im neuen Jahr fand eine Sonder-sitzung statt. Die CDU-Fraktion wollte wissen, was die bisherigen Entscheidungen zu Garzweiler II wert gewesen seien. Ihrer Auffassung nach stünden 50 000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen ließ keinen Zweifel daran, daß die SPD immer eindeutig die Position vertreten habe, daß der Braunkohlentagebau Garzweiler II notwendig sei und kommen müsse. Die GRÜNEN hielten Garzweiler II dagegen für überflüssig.

22. Januar

Der Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen stand im Hauptausschuß unter Vorsitz von Klaus Matthiesen (SPD) zur Debatte. Sorgen bereitete die wirtschaftliche Situation. 39 der 46 lokalen Radiostationen im Land hätten Verluste erwirtschaftet, hieß es. Bei der Anhörung bezeichneten die Betriebsgesellschaften daher den Willen der Landesregierung als sinnvoll, gesetzlich die Programmstunden des Lokalfunks zu reduzieren. Grundlage des Hearings war das Neunte Rundfunkänderungsgesetz.

21. Januar

Ein Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalwahlrechts beschäftigte den Ausschuß für Kommunalpolitik unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Winfried Schittges (CDU). Rechtsexperten und Spitzenverbände nahmen zur Fünf-

prozentsperrklausel, zu Rechtsproblemen bei der Herabsetzung des Wahlalters und zu Kumulieren und Panaschieren Stellung. Es gab Stimmen, die ein kommunales Wahlrecht ab 14 Jahre befürworteten. Das Gesetz wurde am 6. Mai mit den Stimmen der Koalition beschlossen. Jugendliche ab 16 Jahre können künftig bei Kommunalwahlen ihre Stimme abgeben.

29. Januar

Unter dem Thema „Ausländerkriminalität“ stand eine Anhörung des Migrationsausschusses. Dessen Vorsitzende Christiane Bainski (GRÜNE) rief zu einem sachlichen und verantwortungsvollen Umgang mit diesem Begriff auf. Expertinnen und Experten aus Polizei, Staatsanwaltschaft, Justiz, Wissenschaft und Jugendschutz kamen zu Wort. Als Gründe für kriminelles Handeln wurden u. a. fehlende und schlechte Schul- und Berufsausbildung, Arbeitslosigkeit, fehlende soziale Integration und ghettoaähnliche Unterbringung angegeben.

4. Februar

10 000 Petitionen hat der Landtag seit Beginn der 12. Wahlperiode erledigt. Das berichtete der stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses Horst Steinkühler (SPD) im Landtag. In seinem Jahresbericht 1997 unterstrich er, daß somit jedes Mitglied des Ausschusses gemeinsam mit der Verwaltung 420 Petitionen zu bearbeiten hatte. Positiv abgeschlossen wurden nach seinen Angaben fast 29 Prozent aller Petitionen. Immerhin 2 843 Bürgerinnen und Bürgern konnte geholfen werden.

5. Februar

Mit der Entscheidung der katholischen Bischofskonferenz zur Schwangerschaftskonfliktberatung setzte sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde auseinander. Sprecherinnen der Koalition von SPD und GRÜNEN verlangten von der katholischen Kirche, das Schwangerschafts- und Familienhilfegesetz zu akzeptieren, wenn sie weiter an der Beratung mitwirken wolle. Die CDU

empfohl dagegen dem Land, nicht zu drohen, sondern Verhandlungen aufzunehmen und Kompromisse zu suchen.

4. März

Im Nachtcafé des Düsseldorfer Schauspielhauses hielt der Kulturausschuß unter dem Vorsitz von Leonhard Kuckart (CDU) eine Sitzung ab. Gastgeberin und Generalintendantin Anna Badora hatte Gelegenheit, zur künstlerischen und organisatorischen Entwicklung des Schauspielhauses Stellung zu nehmen. Sie berichtete, Düsseldorf habe gute Chancen, zu einer internationalen Theaterplattform zu werden, zumal es gelungen sei, namhafte Regisseure wie Franz Xaver Kröetz oder Sönke Wortmann an das Schauspielhaus zu binden.

5. März

Der Vorstandsvorsitzende der Westdeutschen Landesbank (WestLB), Friedel Neuber, stand in einer vom Vorsitzenden Leo Dautzenberg (CDU) geleiteten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zum Verkauf der PREUSSAG-Stahl-Anteile an das Land Niedersachsen und zum Verkauf der LTU Rede und Antwort. Dabei ging es um günstige Konditionen. Die Opposition wollte wissen, ob das niedersächsische Vorgehen, Unternehmen zu erwerben, Vorbild für NRW sein solle. Im Fall der LTU kam die wichtige Rolle des Luftverkehrsstandortes Düsseldorf zur Sprache.

18. März

Der Landtag nahm sich des Euros an. Die Großindustrie treibe eigenständig ihre Vorbereitungen für die Einführung der einheitlichen europäischen Währung voran. Kleine und mittlere Unternehmen aber hinkten hinterher. Das ergab eine Aussprache im Plenum über einen Antrag der CDU, den Euro als Chance zu begreifen. Alle Fraktionen waren sich indessen einig, daß der Euro komme und NRW als starke Region von der Europäischen Währungsunion profitieren werde.

19. März

Wolfgang Clement (SPD), damals noch Wirtschaftsminister, nannte den bevorstehenden Transport von Castor-Behältern mit abgebrannten Brennstäben aus süddeutschen Kernkraftwerken ins westfälische Ahaus einen „nicht zu verantwortenden Unsinn“. In einer Aktuellen Stunde machten Regierung und Koalition klar, daß aus Ahaus als Zwischenlager keinesfalls ein Endlager werden dürfe. Die CDU verwies dagegen darauf, Ahaus sei von der Landesregierung als Verpflichtung gegenüber den süddeutschen Ländern eingerichtet worden, die Milliarden zur Stützung der Steinkohle beigetragen hätten.

26. März

Mit frühem Baubeginn soll der Verfall des Ständehauses gestoppt werden. Vor dem Hauptausschuß unter Vorsitz von Klaus Matthiesen (SPD) berichtete der Minister für Bauen und Wohnen, Dr. Michael Vesper (GRÜNE), mit einer ersten Baumaßnahme werde im Juli im Bereich des Denkmals „Vater Rhein und seine Töchter“ angefangen. Nach seinen Worten wurden 96 Millionen Mark bewilligt. Bis zum Jahr 2001 will man alles bewältigt haben. Dann soll die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in dem Gebäude, in dem bis 1988 der Landtag tagte, einen zweiten Standort und das Land Präsentationsräume erhalten.

5. Mai

Was kann und soll Schule leisten, damit junge Menschen in einer sich wandelnden Arbeitswelt bestehen können? Diese Frage stand thematisch über einer Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung unter Vorsitz von Heinrich Meyers (CDU). Eine Rolle spielte bei der Diskussion mit Sachverständigen und Verbandssprechern das Phänomen, daß die formale Qualifikation so hoch wie nie sei, die Leistungen vieler Schulabgänger aber abnähmen. Von Wirtschaft und Handwerk wurden Defizite von Ausbildungsplatzbewerbern in den Kulturtechniken wie Sprache und Rechnen festgestellt.

13. Mai

Am Schauplatz der diesjährigen Landesgartenschau, in Jülich, informierte sich der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen unter dem Vorsitz von Adolf Retz (SPD) über die städtebaulichen Akzente und das „landesgärtnerische Gesamtwerk“. In dem nach dem Muster der ehemaligen Renaissancesstadt wiederaufgebauten Jülich mit seiner Zitadelle sind nach Erkenntnissen des Ausschusses dank der Gartenschau historische Bezüge wieder sichtbar und erlebbar geworden.

14. Mai

Mit der Weiterentwicklung des Landesjugendplans und dem Entwurf einer neuen Förderstruktur befaßte sich der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie unter dem Vorsitz von Annegret Krauskopf (SPD) bei einer Anhörung von Sachverständigen. Frau Krauskopf verdeutlichte, daß die Förderstruktur des Landesjugendplans seit 30 Jahren unverändert sei. Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege sahen in der Jugendhilfeplanung auf örtlicher und überörtlicher Ebene ein zentrales Instrument zu bedarfsgerechter Weiterentwicklung der Jugendhilfe.

27. Mai

Auf seiner 87. Sitzung wählte der Landtag aus seiner Mitte in geheimer Wahl den bisherigen Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) zum neuen Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen. Clement trat die Nachfolge von Johannes Rau (SPD) an, der nach knapp 20 Jahren Amtszeit zurückgetreten war. Von 220 abgegebenen Stimmen entfielen 124 auf Wolfgang Clement. Der Kandidat der CDU-Opposition, Dr. Helmut Linssen, erhielt 87 Stimmen. Neun Abgeordnete enthielten sich.

27. Mai

Der scheidende Regierungschef Johannes Rau (SPD) bekräftigte bei seinem Rücktritt im Landtag, in all den Jahren sei es ihm immer besonders wichtig gewesen, daß er das Vertrauen, daß die Menschen in Nordrhein-Westfalen und die Mehrheit im Landtag in ihn gesetzt hätten, gerechtfertigt und erwidert habe. Landtagspräsident Ulrich Schmidt hob in seiner Dankesrede hervor, Johannes Rau sei es zusammen mit dem Parlament gelungen, in Nordrhein-Westfalen identitätsstiftend zu wirken und erstmalig ein Landesbewußtsein zu schaffen.

28. Mai

Die Wirtschaftsförderung des Landes stand im Kreuzfeuer der Meinungen im Landtag. Die Opposition vertrat die Auffassung, das Land sollte die knapper werdenden finanziellen Mittel auf die wirtschaftsnahe Infra-

struktur konzentrieren. Von der Regierungskoalition wurde dagegen darauf hingewiesen, daß es keine Wachstumsücke der NRW-Wirtschaft mehr gebe, die Exportquote steige und die Investitionsneigung sich spürbar verbessert habe.

29. Mai

Der Landtag setzte auf Antrag der CDU-Opposition einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein, der Defizite und Mängel, Kapazitäts- und Sicherheitsprobleme des Maßregelvollzugs untersuchen sollte. Dem ersten Untersuchungsausschuß der 12. Wahlperiode gehören sechs Abgeordnete der SPD, fünf der CDU und zwei der GRÜNEN an. Zum Vorsitzenden wurde Edgar Moron (SPD), zu seinem Stellvertreter Klaus Stallmann (CDU) gewählt. Den Anlaß für den U-Ausschuß hatten „Entweichungen“ aus landesklinischer Behandlung sowie kriminelle Delikte entwichener Straftäter gegeben.

9. Juni

Der neue Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement (SPD), stellte sein Kabinett im Landtag vor und verwies darauf, daß die Landesregierung nur noch aus acht statt bisher zwölf Ministerien bestehe. Die Zusammenführung von Innen- und Justizministerium wertete Clement als ein Signal zur Regierungs- und Verwaltungsreform. Mit der Zusammenführung von Schul- und Wissenschaftsministerium sollte eine Neuorientierung des Faktors „Wissen/Bildung“ erreicht werden. Die Zusammenführung von Arbeit und Soziales mit Stadtentwicklung, Kultur und Sport diene nach Clements Angaben der Vernetzung von Arbeit, Kultur und Sport. Auch mit der Verbindung von Frauenpolitik mit Familie, Jugend und dem Bereich Gesundheit wollte er neue Akzente setzen.

Forensik und HDO in U-Ausschüssen

10. August

In einer Sondersitzung des Hauptausschusses wies Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) Vorwürfe der CDU im Zusammenhang mit dem Technologiezentrum HDO zurück. Die Opposition hatte um Antwort gebeten, ob im Fall des Oberhausener Medienobjektes „massiver Subventionsbetrug“ vorliege.

21. August

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß Forensik (PUA I) unter der Leitung seines Vorsitzenden Edgar Moron (SPD) begann mit Zeugenvernehmungen. Als erster Zeuge war der ehemalige Sozialminister des Landes, Axel Horstmann (SPD), geladen. Eine Woche später trat sein Amtsvorgänger, der derzeitige Bundesminister Franz Müntefering in den Zeugenstand.

29. August

Tag der offenen Tür im Landtag: Rund 50 000 Bürgerinnen und Bürger informierten sich vor Ort über das Hohe Haus. Der WDR sowie das Apollo-Theater als unmittelbare Nachbarn des Landesparlaments hatten sich der offenen Tür angeschlossen.

2. September

Finanzminister Heinz Schleußer sowie Innen- und Justizminister Dr. Fritz Behrens (beide SPD) legten das Haushaltsgesetz 1999 sowie das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes an Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 vor. Der Haushalt sah im Entwurf Ausgaben in Höhe von 91,2 Milliarden Mark vor.

9. September

Die CDU-Opposition kritisierte bei der ersten Lesung des Haushalts 1999, daß sich der Schuldenberg des Landes seit 1979 verfünffacht habe. Die Koalition konterte, die Opposition rede das Land schlecht.

24. September

In einer Sondersitzung setzte der Landtag den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß II (PUA II) ein, der alle Vorgänge und Mißstände in bezug auf das Technologiezentrum Oberhausen HDO untersuchen soll. Ein ursprünglicher Antrag der CDU-Fraktion hatte einen erweiterten Untersuchungsauftrag vorgesehen, bei dem die gesamte Förderpraxis im Bereich Funk-, Film- und Medienwirtschaft hätte auf Defizite abgeklopft werden sollen. Dem wollte die Koalition nicht folgen. Den Vorsitz übernahm der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Laurenz Meyer. Sein Stellvertreter ist der SPD-Abgeordnete Walter Grevener. Ferner wurden von den Fraktionen 13 Ausschußmitglieder gewählt, sechs der SPD, fünf der CDU, zwei der GRÜNEN.

19. Oktober

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie führte eine ganztägige Anhörung zur Dritten Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) durch. Das Hearing stand unter der Leitung der Ausschußvorsitzenden Annegret Krauskopf (SPD). Von vielen Sprechern wurde der Kompromiß gelobt, der in einem bisher einmaligen Verfahren in einjähriger Überarbeitung des Entwurfs durch Landesregierung und Spitzenverbänden der Träger erreicht worden sei.

5. November

Der Landtag debattierte über den Teilbericht der Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“. Vorsitzender Johannes Remmel (GRÜNE) empfahl im Namen der Kommission der Landesregierung eine integrierte Gesamtverkehrsplanung mit konsensorientierten Rahmenentscheidungen.

10. Dezember

Der Landtag beriet das Haushaltsgesetz 1999 in zweiter Lesung und verabschiedete mehrheitlich die Einzelpläne des Landtages, der Ministerien und des Landesrechnungshofes. Am 17. Dezember erhielten dann in dritter Lesung nach einer Generaldebatte der Haushalt sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 mit der Mehrheit der Stimmen der Regierungskoalition grünes Licht.

16. Dezember

Nach einer Anhörung und ausführlicher parlamentarischer Beratung wurde der dritte Änderungsentwurf zum Gesetz über die Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) mit den Stimmen der Koalition nach einer von der CDU-Fraktion beantragten dritten Lesung angenommen.

SPD-Fraktion

Flüchtlingsbetreuung – keine Abstriche

„Die Mittel für Beratung und Betreuung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen werden auch im Haushaltsjahr 1999 im vollen Umfang erhalten bleiben.“ Darauf hat der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Jentsch, hingewiesen. Somit sei sichergestellt, daß die Kommunen, in deren Aufgabenbereich die Flüchtlingsbetreuung falle, keine Abstriche bei den entsprechenden Landeszuweisungen verkraften müßten. Insgesamt werden rund 4,3 Millionen Mark bereitgestellt. Das sieht der vom Landtag beschlossene Haushaltsplan für 1999 vor.

★

„Wir müssen über die Fehlbelegerabgabe im sozialen Wohnungsbau neu nachdenken.“ Das hat der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Gerd-Peter Wolf, gefordert. Seit Jahren seien die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau unverändert geblieben, sagte Wolf.

Zwar seien die Einkommen nominal gestiegen, real aber hätten sie bestenfalls stagniert. Wegen der nominalen Steigerung aber seien Bürger, die noch vor wenigen Jahren Anrecht auf eine Sozialwohnung hatten, jetzt zu sogenannten „Fehlbelegern“ geworden. „Hier entstehen Ungerechtigkeiten, die wir nicht hinnehmen wollen“, sagte Wolf.

Das Bauministerium solle möglichst kurzfristig Vorschläge unterbreiten, wie in den Bereichen mit entsprechenden Problemen — insbesondere in den hochverdichteten großen Wohnsiedlungen aus den 60er und 70er Jahren — gefestigte Mieterstrukturen gesichert und einseitige Zusammensetzungen der Mieterschaft verhindert werden können, forderte der SPD-Abgeordnete.

Dazu gehöre auch eine Überprüfung der Instrumente, die bezüglich der Fehlbelegerabgabe existierten. „Natürlich gehen wir außerdem davon aus, daß die neue Bundesregierung in Kürze die seit längerem überfällige Novellierung der Wohngeldregelungen vorlegen und die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau überprüfen wird“, sagte Wolf.

★

Regierung, Verwaltung und Justiz in Nordrhein-Westfalen werden einer gründlichen Prüfung unterzogen und umfassend modernisiert. Bei diesem Vorhaben der Landesregierung handelt es sich um das größte Reformprojekt des öffentlichen Sektors in NRW seit der Gemeindegebietsreform in den siebziger Jahren. Die SPD-Fraktion wird die Vorschläge der Landesregierung auf einer Klausurtagung Anfang Februar 1999 kritisch prüfen.

CDU-Fraktion

Länderfinanzausgleich: Der Klage anschließen

„Nachdem sich nun auch das SPD-regierte Hessen der Verfassungsklage gegen den Finanzausgleich angeschlossen hat, muß die nordrhein-westfälische Landesregierung ihre Reformblockade beenden und gemeinsam mit den anderen Geber-Ländern auf eine rasche Neuregelung drängen.“ Dies erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Linssen. „Bund und Länder müssen eine Ausgleichsregelung finden, die den finanzstarken Ländern einen größeren Teil als bisher von ihrer überdurchschnittlichen Finanzkraft läßt“, erklärte Linssen. Nach den Worten des CDU-Politikers „müssen die Nehmer-Länder die ihnen gewährten Zuwendungen verstärkt als Hilfe zur Selbsthilfe ansehen und zur Verbesserung ihrer Wirtschaftsstruktur einsetzen“. Linssen wörtlich: „Länder, die ihre strukturellen Defizite auf lange Sicht auch mit Hilfe des Länderfinanzausgleichs nicht beheben können, müssen über einen Zusammenschluß mit stärkeren Nachbarn nachdenken. Eine Neuordnung der Ausgleichsregelung könnte die Bereitschaft zu einer Neugliederung der Länder fördern.“ Die NRW-Landesregierung dürfe — so der CDU-Politiker — „nicht länger aus sozialdemokratischer Vasallen-Treue zu Nehmer-Ländern wie dem Saarland an der bisherigen Regelung festhalten“. Wenn sich Nordrhein-Westfalen der Verfassungsklage anschließen, werde dies die Notwendigkeit einer raschen Neuregelung des Finanzausgleichs unterstreichen. Linssen wörtlich: „Es gibt eine Solidaritätspflicht gegenüber schwächeren Ländern, es gibt aber auch eine Verpflichtung gegenüber den Menschen in NRW, deren Leistungsfähigkeit in zu geringem Maße dem eigenen Lande zugute kommt.“

Dr. Helmut Linssen zum Tod von Klaus Matthiesen

Als „demokratischen Kämpfer vom Scheitel bis zur Sohle“ hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion NRW, Dr. Helmut Linssen, den verstorbenen SPD-Politiker Klaus Matthiesen bezeichnet. Linssen nannte den langjährigen NRW-Umweltminister und SPD-Fraktionschef „einen aufrechten Demokraten mit Ecken und Kanten, mit dem ich — bei aller streitigen Auseinandersetzung um die besten Konzepte für unser Land — stets fair zusammenarbeiten konnte“. Linssen wörtlich: „Die CDU-Landtagsfraktion verneigt sich vor einem überzeugten Demokraten, der Wort und Widerwort liebte, der eine scharfe Klinge zu führen verstand, unbeirrbar für seine Überzeugung eintrat und damit Respekt auch bei politisch Andersdenkenden gewann. Klaus Matthiesen hat seine politischen Ziele stets geradlinig verfolgt. Er blieb dabei als Mensch zugänglich und verlässlich. Man wußte bei ihm immer, woran man war.“

DIE GRÜNEN-Fraktion

Erfolg in Sachen Luftverkehr

Ein wichtiger Baustein zur Schließung des Flugplatzes Essen-Mülheim: Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr hat am 3. Dezember endlich nach langen Auseinandersetzungen mit Bürgern vor Ort den Planfeststellungsbeschluß zum Ausbau des Flugplatzes Essen-Mülheim zu einem Regionalflyer zurückgenommen.

Dieser Schritt war folgerichtig, nachdem die am Flugplatz ansässige Firma Wüllenkemper ihre Klage vor dem Verwaltungsgericht zurückgezogen hatte. In mündlicher Verhandlung war vom Gericht klargemacht worden, daß diese Klage keinerlei Aussicht auf Erfolg haben würde.

Die Rücknahme des Planfeststellungsbeschlusses ist ein unübersehbares Signal an alle Akteure vor Ort, daß das Land im Einvernehmen mit den Städten Essen und Mülheim an dieser Stelle keinen weiteren Flughafen, sondern die Umnutzung der Fläche befördern will. Aktuelle Beschlüsse der IHK mit Forderungen zum weiteren Ausbau, und einer erneuten Klage der ansässigen Firma Wüllenkemper wird hiermit der Wind aus den Segeln genommen.

Mit diesem Schritt ist auch ein wichtiger Teil der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Luftverkehr abgearbeitet, vor allem aber wurde ein wichtiger Baustein zur Schließung des Landeplatzes Essen-Mülheim gesetzt.

Ob dies tatsächlich so geschehen würde, war gerade in den letzten Wochen wieder einmal sehr fraglich. Im Ministerium sollen sich die Interventionen, keine Fakten zu schaffen, sondern den Planfeststellungsbeschluß und damit die Ausbauplan aufrecht zu halten, gehäuft haben.

Jetzt kommt es darauf an, eine einvernehmliche Nachfolgenutzung zu finden, die auch heute schon schrittweise umgesetzt werden kann, ohne die durch Erbpachtverträge und Gerichtsurteile faktisch noch auf viele Jahre mögliche Nutzung durch Sportflieger und den Luftschiffbau der Firma Wüllenkemper einzuschränken.

Ein Gutachten zur Klärung damit verbundener juristischer Fragen ist von der Flughafengesellschaft (Essen, Mülheim und Land NRW) am 4. Dezember in Auftrag gegeben worden. Minister Steinbrück hat sich auf unsere Bitte bereitklärt, Gespräche mit den jetzigen Nutzern mit dem Ziel zu moderieren, eine schnelle und einvernehmliche Lösung zu finden.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

Dammeyer führte Gespräch mit Schüssel

Professor Dr. Manfred Dammeyer, SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag, debattierte während der Hauptversammlung der Versammlung der Regionen Europas (VRE) am 4. Dezember 1998 in Linz/Oberösterreich mit dem österreichischen Vizekanzler und amtierenden Vorsitzenden des Rates der Europäischen Union, Wolfgang Schüssel, über das Subsidiaritätsprinzip und seine Anwendung im Rahmen der Europäischen Union. Als Präsident des Ausschusses der Regionen, der innerhalb der Europäischen Union Interessen der Regionen und Kommunen wahrnimmt, ist Professor Dr. Dammeyer gleichzeitig Vizepräsident der VRE.

★

Gabriele Sikora, Sprecherin der SPD-Fraktion im Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik, ist in den Vorstand der Versammlung der Regionen Europas (VRE) gewählt worden. Die VRE wurde 1985 gegründet. Sie hat ihren Hauptsitz in Straßburg und zählt zur Zeit mehr als 300 Mitgliedsregionen. Zu den Zielen der VRE gehört, die Repräsentanz der Regionen in Europa zu stärken und die interregionale Kooperation zwischen den Mitgliedsregionen zu intensivieren.

★

Gisela Nacken, Sprecherin der GRÜNE-Fraktion, wurde mit der Mehrheit von SPD und GRÜNEN des Aachener Stadtrats zur Baudezernentin gewählt. Sie tritt ihr neues Amt am 1. Februar 1999 an.

Mandate niedergelegt

Der Abgeordnete Leo Dautenberg (CDU), Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses, hat gegenüber dem Landtagspräsidenten sein Mandat zum 16. Dezember 1998 niedergelegt. Er war Mitglied des Landtags seit dem 29. Mai 1980. Die Abgeordneten Annette Paschke-Lehmann (GRÜNE) und Heinrich Dietmar Borchering (SPD) legten gegenüber dem Präsidenten ihre Mandate zum 31. Dezember 1998 nieder. Frau Paschke-Lehmann gehörte dem Landtag seit dem 29. September 1998 an. Heinrich Dietmar Borchering war seit dem 1. Juni 1995 Mitglied des Landesparlaments.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 884 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD),
Parlamentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL
(CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Ute Koczy (GRÜNE), Hans-Peter Thelen (SPD),
Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU),
Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE),
Pressesprecherin

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag,
Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend
hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Die Karriere Manfred Dammeyers ist nicht immer so zielstrebig und berechenbar verlaufen wie die anderer Politiker. Das mag mit ein Grund für die Verblüfung gewesen sein, die die Wahl des 59-jährigen zum Nachfolger Klaus Matthiesens als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Anfang November auslöste. Hatte doch wenige Monate zuvor, wie es schien, gerade sein politischer Abstieg begonnen. Wolfgang Clement hatte nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten das Kabinett verkleinert und Dammeyers Ressort, das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, das er seit 1995 führte, aufgelöst.

Prompt sahen manche Kommentatoren Dammeyer nun im neuen Amt schon als „Gegenspieler“ zu Clement. Dammeyer reagiert unwirsch auf derlei Unterstellungen. Wenn er damals verärgert gewesen wäre, hätte er doch auch das Amt des Präsidenten des EU-Ausschusses der Regionen hingeschmissen – ein Amt, in das er erst Anfang des Jahres mit überwältigender Mehrheit gewählt wurde und das er auch weiter ausüben will.

Und schon hat er das Gespräch auf sein Lieblingsthema gebracht: Europa. In der Kombination seiner neuen Aufgabe im Landtag mit der Brüsseler Funktion sieht er einen besonderen Reiz. Es komme darauf an, die „europäischen Dimensionen“ von Landespolitik zu sehen. Als Beispiel führt er einen Richtlinienentwurf der EU an, der die künftige Rechtsform europaweit tätiger Aktiengesellschaften regelt. Dabei gehe es auch um die Frage der Mitbestimmung – „ein nordrhein-westfälisches Thema“, sagt er begeistert, das nun auf europäischer Ebene verankert werde.

Dammeyers europapolitisches Engagement, das ihm in Brüssel viel Ansehen eingetragen hat, könnte man angesichts seines Werdegangs als eine Art Läuterung zum elder statesman sehen. In jüngeren Jahren stand er eher im Ruf eines linken Bürgerschrecks, etwa als Bundessekretär des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Ein Ruf, der ihm auch noch als bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion anhaftete, als er leidenschaftlich für die landesweite Einführung der Gesamtschule eintrat.

Auch heute noch weckt das Thema Bildung seine Leidenschaft, und das hat mit seiner Biographie zu tun. Daß er, Sohn eines Hilfsarbeiters aus Ostwestfalen, Abitur machen und studieren konnte, sei ihm „nicht an der Wiege gesungen worden“. Gleiche Bildungschancen für alle sind ihm ein Anliegen. Daß eine Untersuchung der OECD jetzt ergab, nur noch 25 Prozent eines Jahrgangs in Deutschland ergriffen ein Studium, zeige, wie sehr die 16 Jahre amtierende konservative Bundesregierung die Bildungschancen breiter Schichten wieder verschlechtert habe.

Dammeyer studierte Sozial- und Erziehungswissenschaften. Danach zog es ihn nach Oberhausen, wo Hilmar Hoffmann



Prof. Dr. Manfred Dammeyer (SPD)

seinerzeit die Volkshochschule leitete. Ein halbes Jahr später übernahm er selbst die Leitung. Auch der Oberhäuser Kurzfilmtage wegen wechselte er an die Ruhr. Dammeyer ist begeisterter Cineast, verfaßte viele Filmkritiken und gehört immer noch dem Beirat der Kurzfilmtage an. Kürzlich hielt er einen Vortrag auf der Duisburger Filmwoche.

Obwohl er längst Politiker im Hauptberuf ist – seit 1975 vertritt er den Wahlkreis Oberhausen II im Landtag und hat diverse Parteiämter inne –, pflegt er etliche Leidenschaften außerhalb der Politik. In Duisburg ist er Honorarprofessor für Politische Wissenschaften. Außerdem übersetzt er schwedische Literatur ins Deutsche. Kürzlich schrieb er ein Buch über den schwedischen Literaturnobelpreisträger Eyvind Johnson, der Anfang der zwanziger Jahre in Oberhausen lebte.

Auf die drei Söhne, zwischen 30 und 37 Jahren alt, scheinen indes mehr seine künstlerischen Neigungen und weniger die politischen Ambitionen abgefärbt zu haben: Alle drei sind bildende Künstler geworden – wobei auch die Mutter, von Beruf Kunstlehrerin, den Ausschlag gegeben haben könnte.

Daß Dammeyer selbst der Politik den Rücken kehrt und sich ganz der Kunst oder der Wissenschaft zuwendet, ist wohl auszuschließen. Dazu ist er, bei aller Intellektualität, zu passioniert und zupackend. Die GRÜNEN, die Klaus Matthiesen zu dessen Abschied spontan ein Ständchen darbrachten („Viel Glück und viel Segen...“), in der Hoffnung, mit dem Nachfolger leichteres Spiel zu haben, könnten sich zu früh gefreut haben. Er sehe eine seiner Hauptaufgaben darin, sagt Dammeyer, „das Profil der eigenen Gruppierung zu schärfen“. Dies allerdings könnte auch an die Adresse der Regierung gerichtet sein.

Roland Kirbach

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 24. Dezember 1998 bis 19. Januar 1999

24.12. **Hans Frey** (SPD), 49 J.
25.12. **Heinz Wirtz** (SPD), 55 J.
29.12. **Bodo Champignon** (SPD), 57 J.
30.12. **Walter Grevenor** (SPD), 68 J.

1. 1. **Claudia Nell-Paul** (SPD), 45 J.
5. 1. **Roland Appel** (GRÜNE), 45 J.
8. 1. **Hubert Schulte** (CDU), 54 J.
9. 1. **Willi Zylajew** (CDU), 49 J.
13. 1. **Leonhard Kuckart** (CDU), 67 J.
13. 1. **Anne Garbe** (CDU), 54 J.
13. 1. **Hans-Dieter Moritz** (SPD), 59 J.
16. 1. **Volkmar Klein** (CDU), 39 J.
16. 1. **Dr. h.c. Johannes Rau** (SPD), 68 J.
16. 1. **Georg Gregull** (CDU), 67 J.
17. 1. **Bernd Flessenkemper** (SPD), 49 J.
19. 1. **Karl-Heinz Rusche** (SPD), 58 J.
19. 1. **Thomas Mahlberg** (CDU), 34 J.

★

Wolfgang Clement (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, ist in Duisburg mit dem Montanmitbestimmungspreis der IG Metall ausgezeichnet worden. Nach Angaben der Gewerkschaft hat Clement die Auszeichnung erhalten, weil er sich beim Versuch der Übernahme der Thyssen AG durch die Fried. Krupp AG Hoesch-Krupp im Frühjahr 1997 für den Erhalt der Montanmitbestimmung eingesetzt hat. Der undotierte Preis wird jedes Jahr an Politiker und andere Personen des öffentlichen Lebens verliehen, die sich für die Montanmitbestimmung stark machen.

★

Ilse Ridder-Melchers (SPD), Landtagsabgeordnete aus Coesfeld, ist als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Nordrhein-Westfalen in Duisburg mit hervorragendem Ergebnis bei nur einer Nein-Stimme wiedergewählt worden. Ilse Ridder-Melchers führt den Vorsitz der SPD-Frauen seit 1982. Auch die SPD-Landtagsabgeordnete **Helga Gießelmann** aus Bielefeld ist als Beisitzerin mit optimalem Ergebnis bestätigt worden.

★

Wolfram Dorn (FDP), ehemaliger Landtagsabgeordneter und Ex-Parlamentarischer Staatssekretär, ist in das Guinness Buch der Rekorde eingegangen. Die „Rekord-Anmeldung“ erfolgte jetzt im Dezember für die „Längste Dauer einer parlamentarischen Tätigkeit“. Vor 45 Jahren wurde der FDP-Politiker Dorn vom Stadtparlament Werdohl zum Bürgermeister seiner Heimatstadt gewählt. Damals war er der jüngste Bürgermeister in der Bundesrepublik. Bis zu seinem 71. Lebensjahr betrug seine Parlamentszugehörigkeiten insgesamt 62 Jahre, elf Monate und 19 Tage. Im Stadtparlament Werdohl war Wolfram Dorn von 1951 bis 1965 vierzehn Jahre und einen Tag tätig. Dem Kreisparlament Altena gehörte er von 1952 bis 1968 exakt fünfzehn Jahre, sieben Monate und vierzehn Tage an. Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen war er von 1954 bis 1961, von 1975 bis 1980 und von 1985 bis 1995; das sind 22 Jahre, zwei Monate und sieben Tage. Dem Deutschen Bundestag gehörte er von 1961 bis 1972 über elf Jahre, einen

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Weihnachtskrippe setzt ein Zeichen

Weihnachten 1998 steht im Zeichen der Hoffnung: auf Prosperität in Nordrhein-Westfalen, auf eine friedliche Zukunft und inneren Frieden in der Bundesrepublik Deutschland und ein zügiges Zusammenwachsen von Völkern und Nationen in der Europäischen Gemeinschaft. Es ist auch eine Hoffnung der Menschen auf Humanität, ein gutes Zusammenleben der Deutschen untereinander sowie der Deutschen mit den hier lebenden Ausländern. Die schöne lebensgroße Krippe auf dem Weihnachtsmarkt am Düsseldorfer Rathaus setzt dafür ein bald zweitausend Jahre altes Zeichen. Weihnachten ist hierzulande trotz aller säkularen Tendenzen immer noch ein Fest Christi. Aber es sollte in dieser Zeit niemand, gleich welcher Religion oder Hautfarbe, abseits stehen müssen. Eingedenk der Geschichte, die sich, wie es das Krippenbild wiedergibt, im Stall von Bethlehem zugetragen hat.

Foto: Schälte

Monat und sieben Tage an. Im Wahlkreis Altena kandidierte er 1954 und 1958, im Wahlkreis Altena-Lüdenscheid 1961, 1965 und 1969 für den Deutschen Bundestag und im Wahlkreis Bonn von 1975 bis 1990

für den nordrhein-westfälischen Landtag. Wolfram Dorn, der heute in Bonn zu Hause ist, beendete seine parlamentarische Arbeit 1995 mit dem Ende der 11. Legislaturperiode.